

Gegenstimmen — attac  lädt ein

Kriege ohne Grenzen

Die militärischen Schatten der Globalisierung

Materialien zu der Veranstaltung mit
Dr. Eric Chauvistré
Dr. Peter Lock
Prof. Dr. Norman Paech
10. Januar 2003, Grips Theater



Eine Veranstaltungsreihe in Zusammenarbeit mit dem GRIPS Theater



Inhalt

| | |
|--|----|
| Norman Paech <i>Der Irakkrieg oder der Abschied vom System der Kollektiven Sicherheit</i> | 3 |
| Eric Chauvistré <i>Ein Persilschein für Angriffskriege der USA</i> | 11 |
| Peter Lock <i>Vom Umgang der Friedensforschung mit bewaffneter Gewalt im 21. Jahrhundert</i> | 14 |
| Mike Haynes <i>Die Grenzen US-amerikanischer Macht</i> | 18 |
| Clemens Ronnefeldt <i>Lehren aus der UNSCOM-Mission</i> | 23 |
| Chris Harman <i>Öl-Fässer und Kanonen</i> | 28 |
| <i>Ein ZEIT-Gespräch mit Richard Perle</i> | 31 |
| AttacBerlin - AG gegen den Krieg..... | 34 |
| Literaturhinweise und ausgewählte Netzadressen | 35 |

Der Irakkrieg oder der Abschied vom System der Kollektiven Sicherheit. (Auszüge)

Von Norman Paech

Auf dem Weg nach Teheran oder die zweite Kolonisierung des Mittleren Ostens.

Betrachten wir die US-amerikanische Strategie auf einer globalen Stufe, so geht es ihr um die zweite Kolonialisierung des Mittleren Ostens. Die Auflösung der direkten kolonialen Herrschaft nach dem zweiten Weltkrieg mit der Errichtung der UNO und der Gründung des Staates Israel war zwar politisch erfolgreich und spätestens mit dem gemeinsamen Suezabenteuer von Briten, Franzosen und Israelis 1956 abgeschlossen. Eine echte ökonomische und soziale Unabhängigkeit hat aber kaum einer der postkolonialen Staaten erringen können. Die daraus resultierende Instabilität der ganzen Region entlud sich immer wieder in Unruhen und Kriegen (Erdölkrieg 1973/74, 1. Golfkrieg 1980/88, 2. Golfkrieg 1990/91), die das Rückgrat der westlichen Prosperität zu einer der sensibelsten Zonen mit hoher Anfälligkeit machte. Nun allerdings scheint die Zeit reif, dieses unruhige und labile Gebiet erneut unter feste Kontrolle zu bringen und für seine Hauptaufgabe, die Energielieferung, zu stabilisieren.

Die Beseitigung Saddam Husseins und die Errichtung eines weiteren Protektorats¹ ist dabei die vorletzte Etappe auf dem Weg nach Teheran, ohne dessen Unterwerfung die gewünschte Stabilität nicht zu haben ist. Das Ziel ist Teheran und der Weg führt durch Bagdad. Mit seiner Eroberung wäre der Iran als letzte antiamerikanische Bastion im Mittleren Osten eingeklemmt zwischen drei amerikanischen Protektoraten – Afghanistan, Saudi-Arabien, Irak - und hätte keine große Bewegungsfreiheit mehr. Die „Demokratisierung“ des Iran muss dann nicht unbedingt militärisch erfolgen, sie muss aber den Widerstand gegen die USA beseitigen und die bedingungslose Unterwerfung unter die US-amerikanischen Interessen gewährleisten.

An die Stelle der „Achse des Bösen“ setzt diese Strategie einen prowestlichen Staatenbogen von Vassallen, Protektoraten und Kolonien, der von der Türkei bis nach Afghanistan reicht. Es handelt sich um eine Mischung von formaldemokratischen Militärregierungen, Feudalclans und Königshäusern bis zu Warlords und brüchigen ethnischen Koalitionen, deren Überleben allein durch die US-amerikanische Militärmacht garantiert wird. Dieses ist ein durchaus realistisches Szenario, welches für die nächsten zehn Jahre die gewünschte Stabilität garantieren könnte und für das die NATO seit ihrer Washingtoner Strategie vom April 1999 neu aufgestellt wird. Sie bedeutet nicht nur die Sicherung der Golfregion, sondern auch der angrenzenden Regionen im Westen (Ostafrika), Osten (Pakistan) und Norden (Kaukasus, Kaspisches Meer).

Dieses ist eine weit über die irakischen Grenzen ausgreifende Perspektive, die die Kosten und Risiken eines Krieges überhaupt erst zu rechtfertigen vermag. Die „Demokratisierung“ der gesamten arabischen Welt, mit dem die US-Administration ihr gigantisches Abenteuer etikettiert,² und welches auch zahlreiche Intellektuelle und Feuilletonisten hier so anspricht,³ entpuppt sich letztlich als ziemlich banale Sicherung der für die meisten NATO-Staaten lebenswichtigen Öl- und Gasquellen. Im Mai 2001 hatte die National Energy Policy Group in den USA ein umfassendes Konzept zur Sicherung des E-

¹ Vgl. Julian Borger, US plans military rule and occupation of Iraq. Saddam would be replaced by General Tommy Franks, in: The Guardian v. 12 Oktober 2002.

² Dieses Projekt ist nicht auf die republikanische Administration beschränkt, wie der Aufsatz der ehemaligen Clinton-Mitarbeiter Ronald D. Asmus und Kenneth M. Pollack, Transformation des Mittleren Ostens. Das neue transatlantische Projekt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2002, S. 1457 ff. beweist.

³ Vgl. Joachim Krause, Jan Irlenkaeuser, Benjamin Schreer, Wohin gehen die USA? Die neue nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament v. 2. Dez. 2002, B 48/2002, S. 40 ff.



nergiebedarfs der USA in den nächsten 25 Jahren vorgelegt, den sog. Cheney-Report.⁴ Er fordert von der amerikanischen Handels- und Außenpolitik, zwei vordringliche Aufgaben mit Priorität zu verfolgen, da er ein gewaltiges Energiedefizit voraussagt: die Ausweitung und die Diversifizierung der Erdölimporte. Der Anteil importierten Erdöls am Gesamtverbrauch der USA werde von 2001 bis 2020 von 52 % auf 66 % steigen. Die Ölimporte müssten dann um 60 % höher liegen als heute. Dafür müssten die Exporteure zur Steigerung ihrer Exporte veranlasst werden, was sie schon wegen fehlender Finanzmittel nicht realisieren könnten. Also müssten sie weitere Investitionen durch US-Firmen auf ihrem Territorium akzeptieren. Der Report warnt ferner vor der Konzentration der Weltölproduktion in einer einzigen Region der Welt, die potenziell zur Instabilität der Märkte beitrage und deshalb mit einer Strategie der Diversifizierung der Ölproduktion begegnet werden müsse. Diese Warnung zielt auf den Kaspischen Raum mit Aserbeidschan und Kasachstan, Westafrika mit Nigeria und Angola sowie Südamerika mit Kolumbien und Venezuela, überwiegend Länder mit chronischer Instabilität und nicht allerbesten Erfahrungen mit den USA.

Unter diesen unsicheren Bedingungen zerrütteter und kriegsgezeichneter Länder in unkontrollierbarer Umgebung wirkt der Anspruch auf Zugang zu ihren Reichtümern, sprich Ölquellen, überzeugender, wenn dahinter eine eindrucksvolle Militärstrategie steht. In den vierteljährlichen Übersichten des U.S. Verteidigungsministeriums fehlt denn auch niemals der Hinweis auf die Abhängigkeit vom Öl,⁵ der sich logisch in den neuen Rüstungsprogrammen bis hin zur Umwandlung der NATO in ein vorwiegend „Krisenreaktionsinstrument“ niederschlägt.⁶ In den Worten von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld: „Wir brauchen schnell einsetzbare, voll integrierte kombinierte Streitkräfte, die in der Lage sind, weit entfernte Kriegsschauplätze schnell zu erreichen und im Zusammenwirken mit unseren Luft- und Seestreitkräften den Gegner schnell, erfolgreich und mit vernichtender Wirkung zu treffen.“⁷ Schon 1999 noch während des Krieges gegen Jugoslawien hat das neue Strategiedokument von Washington die NATO auf Interventionen zur Sicherung lebenswichtiger Ressourcen ausgerichtet. Hier verbindet sich „harmonisch“ der Antiterrorkampf mit der Rohstoffsicherung.

Dem Ganzen liegt ein Konzept unilateraler Beherrschung der Welt mittels absoluter militärischer Überlegenheit zugrunde, ein imperiales Hegemoniekonzept, das auch von den sog. Tauben in der US-Administration vertreten wird. Daran hat Außenminister Powell schon 1992 keinen Zweifel gelassen: „Die USA benötigen militärische Machtmittel, um jede konkurrierende Macht abzuschrecken, jemals davon zu träumen, dass man uns auf der globalen Ebene herausfordern könnte.“⁸ Präsident Bush wiederholte diesen Suprematieanspruch in seiner Westpoint-Rede vom Juni dieses Jahres: „Oberstes Ziel der US-Strategie nach dem Ende des Kalten Krieges muss es sein, zu verhindern, dass irgendwo auf der Welt irgendeine Macht zum ebenbürtigen Konkurrenten wird.“⁹ Er ließ ihn dann in der Nationalen Sicherheitsstrategie vom 20. September 2002 noch einmal betonen: „Es ist die Zeit gekommen, wieder die wesentliche Rolle amerikanischer Militärmacht zu betonen.... Wir werden Streitkräfte unterhalten, die zur Erfüllung unserer Verpflichtung fähig sind und die Freiheit verteidigen. Unsere Streit-

⁴ National Energy Policy Development Group, National Energy Policy, Washington, D.C., 16. Mai 2001, vor allem Kap. 8, www.whitehouse.gov/energy/. Ferner U.S. Department of Energy, Energy Information Administration (ed.), International Energy Outlook 2002, Washington D. C. 2002.

⁵ Vgl. zB. U.S.Department of Defense, Quadrennial Defense Review Report, Washington D.C., www.defenselink.mil/pubs/qdr2001.pdf.

⁶ Vgl. Prager Gipfelerklärung der Staats- und Regierungschefs auf dem Treffen des Nordatlantikrats in Prag, 21. November 2002, Press Release (2002) 127 v. 22. Nov. 2002, Ziffer 1 u. 4.

⁷ Donald Rumsfeld, Rede an der National Defense University, Washington D.C., v. 31 Januar 2002, zt. nach Michael T. Klare, Die Armee für das nächste Jahrtausend., in: Le Monde diplomatique, November 2002, S. 1, 10 f.

⁸ Zitiert nach Anatol Lieven, Leidenschaftlich gerne groß, Die Bush-Regierung, der Irakkrieg und die neue national Selbstgewissheit, in: Le Monde Diplomatique, November 2002, S. 12 f.

⁹



kräfte werden stark genug sein, potenzielle Gegner von ihren Aufrüstungsvorhaben abzubringen, die sie in der Hoffnung auf Überlegenheit oder Gleichstellung im Hinblick auf die Macht der Vereinigten Staaten betreiben.“¹⁰ Diese Drohung ist nicht auf den Mittleren Osten begrenzt, sondern richtet sich global ebenso gegen Russland wie China.

Die neue Bush-Doktrin: Abkehr von Wilson

In diesen Sätzen klingt bereits an, was heute als sog. Bush-Doktrin gehandelt wird, und eine gefährliche Radikalisierung der Militärstrategie darstellt: die präventive Selbstverteidigung. Auch sie ist ein altbekanntes Instrument im Arsenal der Kriegsrechtfertigungen und wurde von den USA immer wieder benutzt, ob beim Überfall auf Grenada 1983, auf Libyen 1986 oder Panama 1989. Die Idee aber, sie in eine offizielle Militärstrategie zu übernehmen und festzuschreiben, stammt von Paul Wolfowitz und Zalmay Khalilzad, der eine heute stellvertretender Verteidigungsminister, der andere Repräsentant der USA in Afghanistan. Den Auftrag zu einem Entwurf der sog. Defense Planning Guidance erhielten die beiden vom damaligen Verteidigungsminister Dick Cheney im letzten Amtsjahr von George Bush sen., und die New York Times enthüllte das Ergebnis am 8. März 1992.¹¹ Heute können wir es in der Nationalen Sicherheitsstrategie nachlesen, wo es heißt: „Die Vereinigten Staaten haben sich seit langem die Option auf präemptive Handlungen offen gehalten, um einer hinreichenden Bedrohung ihrer nationalen Sicherheit begegnen zu können. Je größer die Bedrohung, desto größer das durch Untätigkeit entstehende Risiko – und desto zwingender das Argument für antizipatorische Selbstverteidigung, selbst wenn Unsicherheit darüber besteht, wann und wo der Feind angreifen wird. Die Vereinigten Staaten werden gegebenenfalls präemptiv handeln, um solche feindlichen Akte unserer Gegner zu vereiteln oder ihnen vorzubeugen.“¹² Im Klartext liefert dieser Passus die ultimative Rechtfertigung für die Zerstörung eines jeden Staates, der sich den Interessen der USA (= Freiheit und Eigentum)¹³ nachhaltig entgegenstellt.

Der neue Imperialismus der USA hat sich unter Bush endgültig auf zwei entscheidende Änderungen des bisherigen Sicherheitskonzepts festgelegt: 1. Von der Verteidigung zur Ordnungs- und Krisenintervention, d.h. von der Defensive zur Offensive und Prävention und 2. Mit Ermächtigung durch die UNO, wenn möglich, ohne UNO, wenn nicht nötig. Mit diesen beiden Vorgaben vollzieht er eine vollständige Umwertung des modernen Systems der kollektiven Sicherheit, wie es seit 1919 mit dem Völkerbund angestrebt worden ist – ein totales Anti-Wilson Konzept.

US-Präsident Woodrow Wilson hatte 1917 in seinen berühmten 14 Punkten die Ablösung des seit dem Wiener Kongress etablierten Gleichgewichtskonzept durch ein kollektives Sicherheitssystem auf der Basis des Rechts gefordert.¹⁴ Dieses System sollte auf der Gleichheit großer und kleiner, starker wie schwacher Staaten beruhen mit den Prinzipien der Nichteinmischung und territorialen Souveränität, friedlicher Streitbeilegung und kollektiver Lösung der Auseinandersetzungen mittels internationaler Institutionen wie Rat, Versammlung und ständigem internationalem Gericht. Bekanntlich verweigerte ihm bereits damals der amerikanische Kongress die Gefolgschaft und lehnte den Beitritt zum Völkerbund ab.

¹⁰ National Security Strategy v. 20. September 2002, www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf. Deutsch auszugsweise in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2002, S. 1505 ff., 1511.

¹¹ Vgl. Francis FitzGerald, George Bush and the World, in: New York Review of Books, 26. Sept. 2002.

¹² Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2002, S. 1509.

¹³ In der Nationalen Sicherheitsstrategie werden diese Interessen folgendermaßen umschrieben: „The concept of ‚free trade‘ arose as a moral principle even before it became a pillar of economics. If you can make something that others value, you should be able to sell it to them. If others make something that you value, you should be able to buy it. This is real freedom, the freedom for a person – or a nation – to make a living.“ Kap. VI, S. 18

¹⁴ Vgl. näheres bei N. Paech, G. Stuby, Völkerrecht und Machtpolitik in den internationalen Beziehungen, Hamburg 2001, Kap. A III, Rz. 6 ff., S. 155 ff.



Dessen ungeachtet war es noch während des zweiten Weltkrieges mit Franklin Delano Roosevelt wieder ein amerikanischer Präsident, der das Konzept der kollektiven Sicherheit für das einzige hielt, die Nachkriegsordnung dauerhaft und friedlich zu gewährleisten, und die Alliierten auf eine neue Organisation der Vereinten Nationen orientierte. Dieses moderne System der kollektiven Sicherheit, wie es in der UNO-Charta von 1945 kodifiziert ist, baut auf alten wie neuen Pfeilern auf:

- Bindung der Staaten an UNO-Charta und Völkerrecht, Art. 2 Z. 2 UNCH
- Souveräne Gleichheit und territoriale Unversehrtheit aller Staaten, Art. 2 Z. 1, 4 UNCH
- Absolutes Kriegs- und Gewaltverbot, Art. 2 Z. 4 UNCH
- Verbot der Einmischung in die inneren Angelegenheiten, Art. 2 Z. 7 UNCH
- Friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten, Art. 2 Z. 3 UNCH
- Oberste – auch militärische – Verantwortung für den Frieden liegt beim UN-Sicherheitsrat mit Gewaltmonopol, Art. 12, 39 ff. UNCH
- Recht zur militärischen Selbstverteidigung nur bei unmittelbarem Angriff durch Dritte, Art. 51 UNCH.

Die Bush-Doktrin ist ein radikaler Umsturz dieses kollektiven Sicherheitssystems zugunsten eines hegemonialen Herrschaftssystems auf der Basis unanfechtbarer militärischer Überlegenheit. Nicht, dass die US-Administration sich offen von Völkerrecht und UNO verabschiedet – sie hat beides auch in Vorbereitung des kommenden Krieges vielfach angerufen¹⁵ und bemüht: das zähe Ringen um die Resolution 1441 (2002) vom 8. November 2002 zeigt zugleich ihr Werben um Unterstützung und Koalitionen. Denn auch eine Hegemonialmacht benötigt Verbündete, Vasallen und Claqueure. Letztendlich jedoch, wenn sich der demokratische Prozess der Organisation als zu schwerfällig erweist, ist er verzichtbar und werden Verbündete zu Vasallen. Das haben die drei letzten großen Kriege in unterschiedlicher Weise sehr deutlich gezeigt.

Der zweite Golfkrieg vom Februar 1991 basiert auf der Resolution 678 des UN-Sicherheitsrats vom 29. November 1990, mit der er die Mitgliedstaaten ermächtigte, „alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um der Resolution 660 (1990) und allen dazu später verabschiedeten Resolutionen Geltung zu verschaffen“. Dieses war keine allgemeine und grenzenlose Kriegsermächtigung, sondern nur die Erlaubnis zu Zwangsmaßnahmen im Rahmen des Artikels 42 UNCH. Der Fehler dieser Resolution lag darin, dass der Sicherheitsrat die Ankündigung der USA ignorierte, die militärischen Maßnahmen entgegen Art. 47 UNCH ausschließlich unter amerikanischem Kommando ohne Rückbindung an den Sicherheitsrat durchzuführen. Dies vor allem war wohl der Grund dafür, dass es dann nach dem Waffenstillstand zu schweren Kriegsverbrechen seitens der US-Armee kam und der damalige UN-Generalsekretär Perez de Cuellar bereits am ersten Tag der Bombardierung seine Enttäuschung in die Worte fasste: „Dies ist eine Niederlage der UNO.“¹⁶

Der nächste Krieg, der Angriff auf Jugoslawien genau acht Jahre später, erfolgte ohne UNO-Mandat unter eindeutiger Verletzung des Gewaltverbots von Art. 2 Z. 4 UNCH. Die offensichtliche Illegalität wurde versucht, durch die „humanitäre Intervention“ aufzufangen bzw. wegzudeckeln. Die Revitalisierung dieses in der Tat alten völkerrechtlichen Instituts, welches wegen seines offensichtlichen

¹⁵ So auch in der Nationalen Sicherheitsstrategie vom September dieses Jahres, vgl. Vorwort von George Bush in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2002, S. 1393.

¹⁶ Vgl. N. Paech, Die Vereinten Nationen und ihr Krieg. Vom Umgang mit dem Völkerrecht, in: Werner Ruf (Hrsg.), Vom Kalten Krieg zur heißen Ordnung? Der Golfkrieg Hintergründe und Perspektiven, Münster 1992, S. 62 ff.



Missbrauchs als Kriegsrechtfertigung aufgegeben worden war, ist weiterhin umstritten, wird aber weitgehend immer noch abgelehnt.¹⁷

Der Angriff auf Afghanistan im November 2001 war zwar ebenfalls nicht vom Sicherheitsrat ermächtigt, aber wohl als Mittel der Selbstverteidigung gem. Art. 51 UNCH geduldet. Doch pervertierte diese Rechtsgrundlage mit der Ausdehnung der Kriegshandlungen über den Einsatz der ISAF durch die UNO im Dezember 2001 hinaus zu einer zeit- und grenzenlosen Kriegsermächtigung, die auch heute noch bestehen soll – eine Überdehnung der Selbstverteidigung, die sich vollkommen von der Voraussetzung eines unmittelbaren Angriffs gelöst hat und damit dem Wortlaut und der ursprünglichen ratio des Art. 51 widerspricht.¹⁸

Für den Irakkrieg schließlich enthält Resolution 1441 (2002) des UN-Sicherheitsrats eindeutig kein Mandat zu militärischen Sanktionen.¹⁹ Aber davon werden sich die USA und Großbritannien nicht allzu sehr beeindrucken lassen. Ihre bisherigen Vorwürfe über die Verletzung der Resolution 1441 haben zwar kaum überzeugt.²⁰ Sie signalisieren aber die Methode, mit der sie den UN-Sicherheitsrat zu einer zweiten Resolution mit Sanktionsermächtigung zwingen wollen oder zumindest ein Alibi für eine einseitige Intervention aufbauen werden. Sicherheitsberater Richard Perle erklärte am 15. November vor Abgeordneten des britischen Unterhauses, dass auch „eine einwandfreie Unbedenklichkeitsbescheinigung“ des Vorsitzenden der Inspektionskommission UNMOVIC, Hans Blix, die USA nicht von einer Kriegserklärung gegen Bagdad abhalten könnte: „Er kann ja nichts anderes kennen als die Ergebnisse seiner eigenen Untersuchungen. Und damit ist nicht bewiesen, dass Saddam keine Massenvernichtungswaffen hat. ... Angenommen, wir finden jemanden, der an der Entwicklung von Waffen beteiligt war und aussagt, dass es Lager mit Nervengift gibt. Man kann sie aber nicht finden, weil sie gut versteckt sind. Muss man dann die Nervengifte tatsächlich in der Hand halten, um einen überzeugenden Beweis zu besitzen? Schließlich ist es nicht so, dass wir auf Zusammenarbeit zählen können.“²¹ Dieser Zwickmühle ist kein Wahrheitsbeweis gewachsen.

Die Beseitigung Saddam Husseins und das Recht zur präventiven Verteidigung

Das nie verleugnete Hauptziel des Feldzuges gegen den Irak bleibt die Beseitigung Saddam Husseins - ein Kriegserfolg, den Bush sen. seinerzeit 1991 leichtfertig vergeben habe, wie der Vorwurf lautet. Es mag sein, dass die strategischen Überlegungen der US-Administration vor zehn Jahren noch andere gewesen waren, auf jeden Fall wäre ein Angriff auf Bagdad nach dem Rückzug der irakischen Truppe aus Kuwait unter keinen Umständen von der Resolution 678 (1990) gedeckt gewesen. Auch heute gehört die Beseitigung eines fremden Staatsoberhauptes nicht zu den Kompetenzen anderer Regierungen. Art. 2 Z. 7 UN-Charta gilt nicht nur für die UNO, sondern für jeden Mitgliedsstaat, wenn er bestimmt: „Aus dieser Charta kann eine Befugnis der Vereinten Nationen zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören,nicht abgeleitet

¹⁷ Vgl. Dieter Deiseroth, Die „humanitäre Intervention“ und das Völkerrecht, in: Neue Juristische Wochenschrift 1999, S. 3084 ff., N. Paech, „Humanitäre Intervention“ und das Völkerrecht, in: Ulrich Albrecht, Paul Schäfer, Der Kosovo-Krieg, Köln 1999, S. 83 ff., Richard Falk, Les Nations Unies prises en otage, in: Le Monde diplomatique, decembre 2002, S. 1, 23.

¹⁸ Vgl. Horst Fischer, in: K. Ipsen, Völkerrecht, München 1999, § 59 Rz. 28.

¹⁹ So auch Christian Tomuschat, Der Sicherheitsrat ist gestärkt. Mit der Irak-Resolution entfällt die Grundlage für einen Präventivkrieg, in: FAZ v. 11. November 2002, S. 12.

²⁰ So z.B. Gegenwehr gegen die Bombardierung der sog. Flugverbotszonen nördlich des 36. und südlich des 33 Breitengrades, eine ohne den UN-Sicherheitsrat von den USA, Großbritannien und Frankreich 1991 verfügte Souveränitätseinschränkung des Iraks. Diese erfolgte ohne rechtliche Grundlage, ja sogar gegen die Souveränitätsgarantie der Resolution 688 (1991), mit der seinerzeit der save haven für die Kurden im Norden des Iraks eingerichtet wurde. Ferner der Vorwurf, Waffen und Rüstungsunterlagen würden in Privatwohnungen versteckt und die Berufung auf bisher noch nicht veröffentlichte Erkenntnisse der Geheimdienste über Produktionsanlagen von ABC-Waffen. Vgl. o. Anm. 3.

²¹ Zitiert nach Chris Marsden, Die Kriegsplanungen der USA hängen nicht von den Ergebnissen der UN-Inspektionen ab, in: MEMRI News v. 26. November 2002.

werden.“ Zu diesen inneren Angelegenheiten gehört ebenso die Bestimmung des Regierungssystems wie die konkrete Wahl der Regierung. Die einzige Ausnahme, die Art. 2 Z. 7 zulässt, sind Zwangsmaßnahmen nach Art. 39/42 UNCH. Sie sind bisher erst einmal angewandt worden im Falle Haitis gegen das Militär, das Präsident Aristide gestürzt hatte. Die Resolution 942 (1994) vom 31. August 1994 ermächtigte die Mitgliedsstaaten zu einer Militärintervention, die durch den Rückzug der Junta vermieden werden konnte.²²

Die Frage stellt sich schließlich, ob der Sicherheitsrat überhaupt der Forderung der USA folgen und bei jeder Fehlinformation oder voraussehbarem Täuschungsmanöver das Schussfeld für die USA und Großbritannien freigeben könnte. Denn auch der Sicherheitsrat ist an die Charta und das Völkerrecht gebunden, selbst wenn es derzeit strittig ist und der IGH noch über der Frage brütet, ob er die Handlungen des Sicherheitsrats völkerrechtlich überprüfen kann. Der Weg könnte für den Sicherheitsrat nur über Art. 39 UNCH gehen, die Feststellung, „ob eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung“ vorliegt. Auch hier gibt es in der Tat einen Präzedenzfall mit der Resolution 748 (1992), die die Überstellung der mutmaßlichen Attentäter des Lockerbie-Anschlags durch Sanktionsmaßnahmen nach Art. 41 UNCH erzwingen wollte: „Die Weigerung der Libyschen Regierung, durch konkrete Handlungen ihre Ablehnung des Terrorismus zu beweisen und insbes. die wiederholte Weigerung, voll und effektiv den Forderungen der Resolution 731 (1992) (auf Auslieferung der mutmaßlichen Attentäter) zu entsprechen, stellt eine Bedrohung des internationalen Friedens und Sicherheit dar.“²³ Der Sicherheitsrat ist also weitgehend frei in der Interpretation, wann eine Bedrohung oder gar ein Bruch des Friedens vorliegt. Das gilt dementsprechend auch für die Einschätzung von Fehlinformationen über Massenvernichtungsmittel. Nur ein Veto seitens eines der fünf ständigen Mitgliedsstaaten könnte dann die Ermächtigung stoppen.

Um diese Situation zu umgehen, haben sich die USA nun das Recht auf Präventivverteidigung auch offiziell zugelegt. Von ihm sagen sie nicht ganz zu Unrecht, dass es auch in der Wissenschaft als legitime Anwendung militärischer Gewalt und Ausnahme vom Gewaltverbot vertreten wird.²⁴ Dies geschah unter Berufung auf eine Formel, die Engländer und Amerikaner Anfang des 19. Jahrhunderts bei militärischen Auseinandersetzungen um die Kolonie Kanada entwickelt hatten.²⁵ Präventive Maßnahmen sollten danach nur gerechtfertigt sein bei einer „unmittelbaren, erdrückenden Notwendigkeit der Selbstverteidigung, die kein anderes Mittel der Wahl und keinen Moment der Überlegung zulässt.“ So präzise die Formel erscheint, so weiten Interpretationsraum gibt sie doch, wie die Geschichte lehrt.²⁶ Seit 1945 ist jedoch die UNO-Charta mit ihrem Art. 51 maßgebend, der die Selbstverteidigung

²² Vgl. näher Inger Österdahl, *By all means intervene! The Security Council and the use of force under chapter VII of the UN Charter in Iraq, Bosnia, Somalia, Rwanda and Haiti*, in: *Netherlands Yearbook of International Law* 66, S. 241 ff. Hans-Joachim Heintze, *Völkerrecht und demokratische Staatsordnung. Zur Wiederherstellung der Demokratie in Haiti*, in: *Verfassung und Recht in Übersee* 29, S. 6 ff.

²³ Gegen diese Resolution hat Libyen den IGH angerufen, da es in ihr einen Verstoß gegen das Montrealer Abkommen über den Luftverkehr von 1971 erblickt, nach dem eine Auslieferung nicht verlangt werden kann. Das Verfahren ist immer noch nicht abgeschlossen, da die Frage der Prüfungskompetenz des IGH gegenüber dem Sicherheitsrat noch nicht geklärt ist. Vgl. Thomas Bruha, Markus Krajewski, *Gerichtliche Kontrolle des Sicherheitsrates?* In: *Sicherheit und Frieden* 1998, 2, S. 93 ff.

²⁴ So heißt es im Kapitel V der Nationalen Sicherheitsstrategie: „Jahrhundertlang erkannte das Völkerrecht an, dass Staaten nicht erst einen Angriff erleiden müssen, bevor sie sich rechtmäßig gegen Streitkräfte verteidigen können, von denen eine unmittelbare Gefahr ausgeht. Rechtswissenschaftler und Völkerrechtler machten die Legitimation der Präemption häufig von der Existenz einer unmittelbaren Bedrohung abhängig, die sich meistens in Form sichtbarer Mobilisierung von Land-, See- und Luftstreitkräften manifestierte, die sich auf einen Angriff vorbereiten. Wir müssen das Konzept der unmittelbaren Bedrohung an die Fähigkeiten und Ziele der heutigen Gegner anpassen.“ *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/2002, S. 1509

²⁵ Vgl. zum sog. Caroline-Fall Michael Byers, *Der Irak und der Fall Caroline. Präventivkrieg und Selbstverteidigungsrecht im Völkerrecht*, in: *Le Monde diplomatique* September 2002, S. 9 und Gerhard Stuby, *Kollaps des kollektiven Sicherheitssystems?* In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/2002, S. 1479 ff., 1483 ff. mit weiteren Nachweisen.

²⁶ Auch Israel hat den Sechstagekrieg von 1967 als Präventivverteidigung gerechtfertigt, wobei die „unmittelbare, erdrückende Notwendigkeit“ bzw. die „unmittelbare Bedrohung“ seinerzeit höchst zweifelhaft war. Als Israel 1981 die Zerstörung der beiden

aufgrund der gemachten Erfahrungen strikter eingrenzt und auf die Fälle eines „bewaffneten Angriffs“ einschränkt. Diese Formulierung lässt nun keinen Raum mehr für vorbeugende Maßnahmen.²⁷ Die umstritten Forderung des australischen Ministerpräsidenten Howard, angesichts des neuen Stadiums weltweiten Terrorismus den Art. 51 zu ändern und um die Präventivverteidigung zu erweitern,²⁸ beweist die strikte Regel des Art. 51 UNCH.

Die Aneignung dieses Rechts ohne formale Änderung der UNO-Charta²⁹ löst die US-amerikanische Militärführung definitiv von der UNO und räumt endgültig mit der Idee Wilsons von einem kollektiven Sicherheitssystem auf der Basis allgemein anerkannten Rechts auf. Es wäre zu früh, diese Situation mit dem langsamen Untergang des Völkerbunds angesichts zahlreicher Kriege, Austritte und Vorbehalte bis zum Machtantritt der Nationalsozialisten zu vergleichen. Aber die Rücknahme des Gewaltmonopols beraubt die UNO ihrer grundlegenden Friedensidee und ihres wirksamsten Friedensinstruments, ja ihrer raison d'être. Sie setzt an ihre Stelle nicht einfach nur die unbegrenzbare Macht des US-Empires, sondern verkehrt die demokratische Struktur des Konsenses der UNO-Ordnung in die hierarchische Herrschaftsstruktur einer imperialen Ordnung. Dies wird in den USA genauso gesehen, diskutiert und akzeptiert, wie nicht nur der jüngste Artikel des Direktors des Olin Institutes for Strategic Studies an der Harvard Universität, Stephen Peter Rosen, zeigt: „Eine politische Einheit, die über eine erdrückende militärische Schlagkraft verfügt und diese Schlagkraft einsetzt, um das Verhalten anderer Staaten zu beeinflussen, muss durchaus als Empire bezeichnet werden.... Unser Ziel ist nicht die Bekämpfung eines Rivalen – denn es gibt keinen -, sondern die Aufrechterhaltung unserer imperialen Position und die Wahrung der imperialen Ordnung.“³⁰

Eine Ordnung nach den imperialen Interessen eines Landes, das sich aus ihr nur der Elemente bedient, die ihm nützlich erscheinen (wie z.B. die WTO oder das Jugoslawientribunal), alle anderen aber ignoriert oder sabotiert (wie das Kyoto-Protokoll, den Weltstraferichtshof, den ABM-Vertrag und nun auch die UNO-Charta) - das bedeutet den Zerfall der UNO-Ordnung und den Abschied von dem System der kollektiven Sicherheit. Die Frage mag dahinstehen, ob sich die USA mit diesem Bruch mit einer Institution, die sie selbst geschaffen haben und mit der sie ihre Weltmachtstellung festigen und ausbauen konnten, selbst einen Gefallen tun, oder ob sie mit der Zerstörung der UNO ihren eigenen Untergang vorbereiten, wie immer wieder prophezeit.³¹ Interessanter ist die Frage, ob evtl. die europäischen Staaten die USA von diesem Kurs abbringen und in den Rahmen des internationalen Rechts wieder zurückführen können. Doch „Tatsache ist schlicht und einfach“, wie es Zbigniew Brzezinski schon 1997 ausgedrückt hat, „dass Westeuropa und zunehmend auch Mitteleuropa weitgehend ein amerikanisches Protektorat bleiben, dessen alliierte Staaten an Vasallen und Tributpflichtige von einst erinnern. Dies ist kein gesunder Zustand, weder für Amerika noch für die europäischen Nationen.“³² Drei Jahre später hatte er allerdings den letzten Satz schon wieder vergessen als er der Regierung Bush empfahl, „unsere Vasallen in einem Zustand der Abhängigkeit zu halten, die Willfähigkeit und den Schutz unserer Tributpflichtigen zu sichern und den Zusammenschluss der Barbaren zu verhin-

von Frankreich gelieferten Nuklearreaktoren von Tuwaitha im Irak ebenfalls mit präventiver Selbstverteidigung rechtfertigte, akzeptierten das nicht einmal die engsten Verbündeten und der Sicherheitsrat verurteilte Israel einstimmig mit der Resolution 487 (1981). Nähere Einzelheiten bei N. Paech, G. Stuby, a.a.O., Kap. B III, Rz. 112, S. 563

²⁷ Vgl. G. Stuby, a.a.O., S. 1483 f., und Richard Falk, A Roadmap for War: A Flawed Debate, The Transnational Foundation for Peace and Future Research v. 27. September 2002, www.transnational.org/forum/meet/2002/Falk_WarFlawed, sowie Richard Falk, Les Nations Unies prises en otage, in: Le Monde diplomatique, decembre 2002, S. 1, 23 zu den Voraussetzungen und Problemen der Bestimmung.

²⁸ FR v. 30. November 2002.

²⁹ Gem. Art. 108 UNCH ist eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich, die auch in der aktuellen Situation nicht zu bekommen sein dürfte.

³⁰ Stephen Peter Rosen, The Future of War and the American Military, in: Harvard Review 104, 5, Mai/Juni 2002, S. 29.

³¹ Vgl. etwa Paul Kennedy,

³² Zbigniew Brzezinski, Die einzige Weltmacht, New York 1997, Frankfurt a.M. 1999, S. 92.



den.³³ Die Umkehrung dieser Empfehlung könnte das Rezept zur Rettung der UNO und des kollektiven Sicherheitssystems beinhalten. Doch der Aufbau der verloren gegangenen Gegenmacht lässt sich nicht mit Appellen bewerkstelligen. Es bleibt so nur, die historische Erfahrung der europäischen Nationen zu beherzigen, dass jede nationalistisch oder patriotisch getränkte Weltmachtpolitik letztlich zum Scheitern verurteilt ist und nur die Unterwerfung der nationalen Souveränität unter den Kodex des internationalen Rechts das friedliche Überleben aller gewährleisten kann.

³³ Zitiert nach Philip S. Gobul, Die Säulen des Capitols. Das Imperium Americanum als historisches Konzept, in: *Le Monde diplomatique* September 2002, S. 10, 11.

Ein Persilschein für Angriffskriege der USA³⁴

Die Bush-Doktrin schreibt das Ziel fest, jede künftige militärische Gleichstellung anderer Mächte zu verhindern

Von Eric Chauvistré

"Bush-Doktrin" wird sie genannt, die am 17. September 2002 vom US-Präsidenten unterzeichnete neue "Nationale Sicherheitsstrategie" der Vereinigten Staaten. In ihr erhebt die US-Regierung ausdrücklich den Anspruch auf so genannte Präemptivkriege: Wer sich gegen den Willen der US-Regierung atomare, biologische und chemische Rüstung (ABC-Waffen) oder Raketen beschaffen will, so die neue Linie, kann zum Ziel einer "Präemption" werden - eines "vorgreifenden" Angriffs.

Die Doktrin schreibt weiter das Ziel fest, den militärtechnologischen Vorsprung der US-Streitkräfte zu erhalten und jede künftige militärische Gleichstellung anderer Mächte zu verhindern. Im Zweifelsfall, so das Dokument ausdrücklich, werden die USA auch ohne die Zustimmung des UN-Sicherheitsrats und ohne die Beteiligung Verbündeter Präemptivkriege führen. In einer am 11. Dezember zusätzlich veröffentlichten "Nationalen Strategie zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen" wird zudem mit dem Ersteinsatz von Atomwaffen gedroht, im Zweifelsfall auch gegen Staaten, die selbst keine Atomwaffen besitzen.

Den Namen George W. Bushs trägt die Präemptivdoktrin nicht ganz zu Recht, denn vorbereitet wurde diese Politik schon von seinem Vorgänger Clinton: Unter dem Begriff "Counterproliferation" wird im Pentagon seit 1993 an Richtlinien für das militärische Vorgehen gegen Besitzer von ABC-Waffen und Raketen gearbeitet: Planungen für Präemptivkriege - inklusive eines Atomwaffeneinsatzes durch die USA - sind seit Anfang der 90er-Jahre Teil dieser Überlegungen. Ebenso lange kultiviert wurde das in dem Strategiepapier genutzte Feindbild von den "Schurkenstaaten", einer nie definierten Gruppe vergleichsweise kleiner Militärmächte, die angeblich die USA bedrohen.

Nachdem Bush die Drohung mit Präemptivkriegen zur offiziellen Politik der USA erklärt hat, könnten Angriffskriege wieder ein Mittel in den internationalen Beziehungen werden - auch wenn das Dokument darauf verweist, dass andere Staaten die neue Politik der USA selbstverständlich "nicht als Vorwand für Aggressionen benutzen" dürften. Auf den Präzedenzfall muss wohl nicht lange gewartet werden. Denn auch wenn die Doktrin der Präemptivkriege nicht speziell für den Irakkrieg geschrieben wurde: Mit einem Krieg am Golf könnte die US-Regierung demonstrieren, dass ihre neue militärpolitische Richtlinie nicht nur auf dem Papier steht.

Auszüge aus der am 17. September von US-Präsident Bush unterzeichneten neuen "Nationalen Sicherheitsstrategie" der USA. Ein fälliger Nachtrag

„Die beispiellose Stärke der amerikanischen Streitkräfte und ihre deutliche Präsenz haben den Frieden in einigen der strategisch wichtigsten Regionen der Welt erhalten. Durch unsere Bereitschaft, zu unserer eigenen Verteidigung und der anderer Gewalt einzusetzen, demonstrieren die Vereinigten Staaten ihre Entschlossenheit, ein Gleichgewicht der Macht zugunsten der Freiheit aufrechtzuerhalten.“

Unsere Streitkräfte werden stark genug sein, potenzielle Gegner von ihren Aufrüstungsvorhaben abzubringen, die sie in der Hoffnung auf Überlegenheit oder Gleichstellung im Hinblick auf die Macht der Vereinigten Staaten betreiben.“

Das Mittel der Wahl

Während des Kalten Krieges, insbesondere nach der Kubakrise, hatten wir einen Gegner, der im Allgemeinen den Status quo bewahren und kein Risiko eingehen wollte. Abschreckung war eine effektive

³⁴ Veröffentlicht an 31.12.2002 in der taz

Verteidigungsstrategie. Abschreckung, die allein auf der Androhung von Vergeltung beruht, macht auf die Führer von Schurkenstaaten wenig Eindruck, da sie bereitwillig Risiken eingehen und das Leben ihrer Bevölkerung und den Wohlstand ihrer Nationen aufs Spiel setzen.

Heute sehen unsere Feinde Massenvernichtungswaffen als das Mittel der Wahl an. Für Schurkenstaaten sind sie Werkzeuge der Einschüchterung und der militärischen Aggression gegen ihre Nachbarn. Diese Waffen könnten es solchen Ländern erlauben, die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten zu erpressen, um sie von der Abschreckung oder Abwehr des aggressiven Verhaltens von Schurkenstaaten abzuhalten. Solche Staaten betrachten diese Waffen als ihr bestes Mittel, die konventionelle Überlegenheit der Vereinigten Staaten zu überwinden.

Herkömmliche Abschreckungskonzepte greifen gegenüber terroristischen Feinden nicht, deren erklärte Taktik die mutwillige Zerstörung und das Zielen auf Unschuldige ist. Ihre so genannten Soldaten suchen das Märtyrertum im Tod, und ihr bester Schutz ist die Staatenlosigkeit. Die Schnittstellen zwischen Staaten, die Terrorismus unterstützen, und jenen, die nach dem Besitz von Massenvernichtungswaffen streben, zwingen uns zum Handeln.

Es ist eine Sache des gesunden Menschenverstands und der Selbstverteidigung, dass die Vereinigten Staaten gegen solche aufkommenden Bedrohungen vorgehen werden, bevor sie übermächtig werden. Wir können die Vereinigten Staaten und unsere Freunde nicht verteidigen, wenn wir nur das Beste hoffen. Daher müssen wir bereit sein, die Pläne unserer Feinde zunichte zu machen, indem wir uns der besten Informationsquellen bedienen und mit Bedacht vorgehen. Die Geschichte wird mit denen scharf ins Gericht gehen, die diese Gefahr auf sich zukommen sahen, aber nichts dagegen unternommen haben.

Wir müssen die Bedrohung abschrecken und uns gegen sie verteidigen, bevor sie eintritt. Wir müssen gewährleisten, dass Schlüsselfähigkeiten, wie Aufdeckung, aktive und passive Verteidigung und Fähigkeiten zum Gegenschlag, in die Umstrukturierung unserer Verteidigung und unsere Systeme zum Schutz der inneren Sicherheit einbezogen werden. Counterproliferation [militärische Strategie gegen ABC-Waffenbesitzer, d. Red.] muss ebenfalls in die Doktrin, die Ausbildung und Ausrüstung unserer Streitkräfte und derjenigen unserer Bündnispartner einbezogen werden, um zu gewährleisten, dass wir in jedem Konflikt mit Gegnern, die im Besitz von Massenvernichtungswaffen sind, obsiegen werden.

Bereit, allein zu handeln

Die Vereinigten Staaten werden nicht in allen Fällen Gewalt anwenden, um aufkeimenden Bedrohungen zuvorzukommen, und Staaten sollten Präemption auch nicht als Vorwand für Aggressionen benutzen. In einer Zeit, in der die Feinde der Zivilisation offen und aktiv nach den zerstörerischsten Technologien streben, können die Vereinigten Staaten nicht untätig bleiben.

Die Vereinigten Staaten haben sich seit langem die Option auf präemptive Handlungen offen gehalten, um einer hinreichenden Bedrohung ihrer nationalen Sicherheit begegnen zu können. Je größer die Bedrohung, desto größer das durch Untätigkeit entstehende Risiko - und desto zwingender das Argument für antizipatorische Selbstverteidigung, selbst wenn Unsicherheit darüber besteht, wann und wo der Feind angreifen wird. Die Vereinigten Staaten werden gegebenenfalls präemptiv handeln, um solche feindlichen Akte unserer Gegner zu vereiteln oder ihnen vorzubeugen.

Die amerikanische Nationale Sicherheitsstrategie gründet sich auf einen ausgeprägten amerikanischen Internationalismus, der die Wertegemeinschaft und unsere nationalen Interessen widerspiegelt. Bei der Wahrnehmung unserer Führungsrolle werden wir die Werte, Beurteilungen und Interessen unserer Freunde und Partner respektieren. Wir werden jedoch auch bereit sein, allein zu handeln, wenn unsere Interessen dies erfordern. Sollten wir in bestimmten Punkten uneins sein, werden wir die



Gründe für unsere Bedenken offen darlegen und uns um brauchbare Alternativen bemühen. Wir werden es nicht zulassen, dass solche Unstimmigkeiten unsere Entschlossenheit beeinträchtigen.“

Die von der US-Botschaft bereitgestellte deutsche Übersetzung des Dokuments wurde stark gekürzt und an einigen Stellen überarbeitet. Die Reihenfolge der Auszüge wurde wegen der besseren Verständlichkeit teilweise verändert. Unter www.whitehouse.gov/nsc/nss.html ist das Original abrufbar.

Atomwaffeneinsatz gebilligt

Ergänzend zur "Nationalen Sicherheitsstrategie" vom September 2002 veröffentlichte das Weiße Haus am 11. Dezember die "Nationale Strategie zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen":

"Die Vereinigten Staaten werden weiterhin deutlich machen, dass sie das Recht haben, mit übermächtiger Gewalt auf den Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen die Vereinigten Staaten, ihrer im Ausland stationierten Streitkräfte sowie gegen Freunde und Bündnispartner zu reagieren - unter Anwendung aller zur Verfügung stehenden Mittel. Zusätzlich zu unseren konventionellen und nuklearen Reaktions- und Verteidigungsfähigkeiten wird unser umfassendes Abschreckungskonzept gegen die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen durch Nachrichtendienste, Überwachung, Verbote und nationale Strafverfolgung untermauert.

Diese kombinierten Fähigkeiten verbessern die Abschreckung sowohl durch die Abwertung feindlicher Massenvernichtungswaffen und Raketen als auch die Aussicht auf eine übermächtige Reaktion auf jeglichen Einsatz solcher Waffen."

Auszug aus einer Übersetzung der US-Botschaft. Das Original kann unter www.whitehouse.gov/news/releases/2002/12/WMDStrategy.pdf abgerufen werden.

Vom Umgang der Friedensforschung mit bewaffneter Gewalt im 21. Jahrhundert (Auszüge)

Von Peter Lock

Veritabler Schatten der neoliberalen Globalisierung: Schattenglobalisierung

. . . Die Dynamik der gegenwärtigen Globalisierungsprozesse ist gleichzeitig von Wachstum und Reichtum einerseits und sozialem Ausschluß und Armut andererseits geprägt. Die Betrachtung der Weltwirtschaft als ein Zusammenspiel von drei Sektoren, den regulären, den informellen und den kriminellen, erleichtert es, diese Gleichzeitigkeit und den verbreiteten Verfall von Staaten, sowie die Langlebigkeit vieler bewaffneter Konflikte der Gegenwart zu erklären. Der unterschiedliche sozial-ökonomische Status der weltwirtschaftlich integrierten Staaten läßt sich als ein jeweils unterschiedliches Mischungsverhältnis regulärer, informeller und krimineller Sphären in den verschiedenen Volkswirtschaften erklären. Das Zusammenwirken dieser drei Sphären ist durch asymmetrische bzw. ungleiche Tauschbeziehungen gekennzeichnet. Zugleich bestimmt das jeweilige Mischungsverhältnis die soziale Topographie und die Organisation von individueller und kollektiver Sicherheit der jeweiligen Gesellschaften. Darüber hinaus sind diese drei Sektoren der nationalen Volkswirtschaften in jeweils eigene globale Zirkulationssphären integriert. Im folgenden werden die drei Segmente der Weltwirtschaft in ihren Umrissen beschrieben.

Erster Sektor: Der reguläre Sektor in der globalen Ökonomie ist durch eine rechtliche Ordnung gekennzeichnet, die Transaktionen für alle Marktteilnehmer berechenbar macht. Es werden überwiegend Steuern zur Reproduktion des Staates gezahlt, auch wenn das Niveau der Besteuerung als Folge weltweiter Standortkonkurrenz allgemein abnimmt. Die mageren Wachstumsraten der regulären Ökonomien halten global nicht Schritt mit dem Wachstum der Weltbevölkerung im erwerbsfähigen Alter und der sich daraus ergebenden Nachfrage nach Arbeit. Mit dem informellen Sektor findet massiver ungleicher Tausch im Bereich von illegalen Dienstleistungen statt. Die inzwischen allgemeine Akzeptanz dieser Schwarzarbeit, bei der illegale MigrantInnen in der Regel eine große Rolle spielen, hebt den Lebensstandard in der regulären Sphäre nicht unwesentlich. . . .

Zweiter Sektor: Die informellen Sphären der Wirtschaft - in ihnen haben rechtsstaatliche Regeln nur sehr begrenzte Geltung. Asymmetrische Machtstrukturen, die unkontrolliert Gewalt androhen oder auch anwenden, und rudimentäre Ansätze kommunitärer Selbstorganisation kennzeichnen die informellen Sphären der Ökonomie. Sieht man von gelegentlicher Erfassung durch Konsumsteuern ab, wenn Angehörige des informellen Sektors als Konsumenten in der regulären Ökonomie agieren, so sind die informellen Sektoren nicht an der Erhaltung und Reproduktion des Staates durch Zahlung von Steuern, also nicht am Kontrakt zwischen Bürger und Staat beteiligt.

Gleichwohl aber ist der informelle Sektor die Lebenssphäre des größten Teils der erwerbsfähigen Bevölkerung. Selbst in der relativ entwickelten Region Lateinamerika hat die ILO für Ende der neunziger Jahre einen Anteil des informellen Sektors von 56 % an der Erwerbsbevölkerung (EAP = economically active population) ermittelt. Bezogen auf die Zahl der Teilnehmer wächst dieser Sektor weltweit am schnellsten. Es ist daher strukturell angelegt, daß diese Bevölkerungsmehrheit völlig unzureichend mit öffentlichen Gütern, wie z.B. Schulen, und Infrastrukturen versorgt wird. . . .

Dritter Sektor: Die global vernetzten Akteure krimineller wirtschaftlicher Betätigung haben sich eine dynamische Zirkulationssphäre geschaffen. Sie weist, gemessen an Umsätzen und Profiten, wahrscheinlich die höchsten Wachstumsraten der drei Sphären in der Weltwirtschaft auf. Definitiv gilt, daß an Stelle rechtsstaatlicher Regelungen latente und manifeste Gewaltverhältnisse die Geschäftsgrundlage in dieser Zirkulationssphäre bilden. Steuern zur Reproduktion des Staates zahlen diese Akteure nicht. Es kommt hingegen vor allem in Transformationsländern häufig vor, daß wirtschaftskriminelle Akteure sich öffentliche Infrastrukturen aneignen. In anderen Fällen haben kriminelle Akteure

sich eines Staatsorganes oder gleich des gesamten Staatsapparates in einem schwachen Staat bemächtigt, um die Geschäfte besser betreiben zu können.

Bei der kriminellen Sphäre handelt es sich jedoch um ein parasitäres Gebilde, das auf funktionierende Tauschsphären mit der regulären Ökonomie angewiesen ist. Kriminelle Akteure usurpieren Teile der regulären und der informellen Ökonomien und verknüpfen sie dabei häufig miteinander. Dies macht eine definitorische Abgrenzung nicht immer leicht. Das BKP (Bruttokriminalprodukt) wird inzwischen grob auf jährlich 1500 Mrd. US-Dollar geschätzt, wovon knapp die Hälfte auf Drogengeschäfte entfällt. Ein Vergleich mit dem BSP (Bruttosozialprodukt) des gesamten afrikanischen Kontinentes beleuchtet die machtpolitische Brisanz der Größe des kriminellen Sektors gegenüber vielen, vor allem schwachen Staaten. Das BSP Afrikas beträgt 330 Mrd. US-Dollar, wovon allein ein Drittel alleine auf Südafrika entfällt.

...Dieses Dreisektorenmodell des aktuellen Globalisierungsprozesses hilft die Dynamik des Erosionsprozesses der Formen von Staatlichkeit zu verstehen, die unseren Vorstellungen von Rechts- und Sozialstaatlichkeit entsprechen. Dabei ist es wichtig, immer im Auge zu behalten, daß die globalen Zirkulationssphären sowohl des informellen als auch des kriminellen Sektors in allen, auch und gerade in den hochindustrialisierten Gesellschaften vorfindlich sind. Unterschiede liegen in den relativen Gewichtungen. Das Ende des Kalten Krieges und die nun offenen Grenzen der einstigen systemischen Demarkationslinie haben das Wachstum informeller und krimineller Sektoren auch in Westeuropa beschleunigt. Somit kann es nicht überraschen, daß die wohlfahrtsstaatlichen Regelungen der sozialdemokratischen Boomphase in Europa einen Erosionsprozeß durchlaufen. ...

In vielen Transformationsländern und einer großen Zahl von Entwicklungsländern wird das wirtschaftliche Geschehen von informellen Sektoren und kriminellen Akteuren dominiert. Vorhandene staatliche Strukturen befinden sich in einem ... Auflösungsprozeß, der aufgrund des schleichenden Wegfalls des Staates als Garant rechtsstaatlicher Konfliktschlichtung eine Eigendynamik entwickelt. Die Reproduktion der staatlichen Sicherheitsorgane kann aufgrund der strukturell bedingten fiskalischen Dauerkrise nicht gewährleistet und bestehende Rechte der Marktteilnehmer nicht durchgesetzt werden. Unternehmerische Strategien sind auf Steuervermeidung gerichtet, bedeutende Teile der Volkswirtschaft fallen in Tauschwirtschaft zurück. Extrem niedrige Staatsquoten und geringes Steueraufkommen sind untrügliche Indikatoren für derartige Entwicklungen. Wird die staatliche Infrastruktur nur mit Außenzuflüssen (Hilfsprogramme) oder ausschließlich aus Rohstoffexporten aufrechterhalten, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, daß diese Mittel klientelistisch verteilt werden und daß wirtschaftskriminelle Akteure Kontrolle zumindest über Teile Staatsapparates gewinnen.

... Im günstigen Fall erbringt man (Militärs und Polizisten) im Zweitjob unter Vernachlässigung der schlecht oder nicht bezahlten dienstlichen Pflichten Dienstleistungen unterschiedlichster Art oder wandert ganz in den rasant wachsenden Sektor privater Sicherheitsdienstleistungen ab. Im ungünstigen Falle degenerieren die staatlichen Sicherheitsorgane zu konkurrierenden Rackets oder ... vermarkten sich direkt als „Dienstleister“ in der kriminellen Sphäre. Allen Aktivitäten dieser Art ist gemeinsam, daß die bewaffneten Organe des Staates ihre Legitimation als gesamtgesellschaftlicher Ordnungsfaktor verlieren. Diese Zerfallsprozesse tendieren dazu, rasch zu eskalieren, so daß die Polizei vor allem für die im informellen Sektor lebende Bevölkerung zum Sicherheitsproblem wird, gegen das man seinerseits individuell und kollektiv durch „Aufrüstung“ Vorkehrungen treffen muß ... und schließlich bewaffnete Drogendealer und andere Gewaltakteure örtlich das Gewaltmonopol ausüben .

Die Nebel der Informalität und Kriminalität werden in dem Umfange dichter, je stärker sich das soziale Profil der Weltwirtschaft polarisiert. Dem steigenden Angebotsdruck informeller Dienstleistungen und Arbeit können auch die am besten rechts- und sozialstaatlich organisierten Volkswirtschaften nicht

standhalten. Die individuellen Wettbewerbs- und Wohlfahrtsvorteile, die sich aus informeller, illegaler Arbeit ziehen lassen, sind so attraktiv, daß die Schattenökonomien allerorten dramatisch expandieren.

Der Begriff Schattenökonomie verharmlost jedoch die korrosive Wirkung dieser Entwicklung. Da informelle Aktivitäten nicht gegen kriminelle Usurpation durch den Zugang zu rechtsstaatlichen Mitteln geschützt sind, ist flächendeckend die Kontrolle von Schwarzarbeit, illegaler Migration usw. durch kriminelle Akteure zu beobachten, die ihrerseits in transnationalen Netzwerken operieren. Der politische Diskurs verdrängt bislang den Sachverhalt, daß schattenwirtschaftliche Aktivitäten sich zu einem Verbund globaler krimineller Netzwerke entwickelt haben und man daher von Schattenglobalisierung sprechen muß. ...

Gewalt als Regulation

Als allgemeine Regel gilt, daß die Privatisierung der Sicherheit ein Spiegelbild des Zustandes von Staatlichkeit ist. Wenn es jedoch zu einer umfassenden privaten Aneignung des Staates gekommen ist, dann bleibt die faktische Privatisierung lange verschleiert. In Zaire hatte sich diese klientelistische Eskalation von privater Herrschaft bis zu ihrer logischen Auflösung wegen Auszehrung der produktiven Ressourcen und drohender Erschöpfung der privat angeeigneten Ressourcen nahezu vollendet. In den vergleichbaren Fällen, Indonesien unter Suharto oder der Philippinen unter Marcos hat politische Opposition den Weg klientelistischer Diktaturen in völlige wirtschaftliche Auszehrung vorzeitig abgebrochen. Derartige klientelistische Systeme sind auf den Anschein von Staatlichkeit angewiesen, weshalb sie u.a. scheinbar überflüssige sehr aufwendige architektonische Spuren hinterlassen.

Anders verhält es sich mit mafiösen Diktatoren, sie konzentrieren sich völlig auf die kriminelle Aneignung von Reichtümern. Die Militärdiktatur in Nigeria unter Abacha dürfte in diese Kategorie fallen. Mit anderen Worten, die Erscheinungsformen der Auflösung von Staatlichkeit, wie sie durch wohlfahrtsstaatlich orientierte Postulate von Rechtsstaatlichkeit definiert ist, sind zwar verwirrend vielfältig, aber allen ist gemein, daß das staatliche Gewaltmonopol zugunsten eines breiten Spektrums privatisierter Organisation von Sicherheit sowohl innerhalb als auch außerhalb der geltenden Rechtsordnung aufgegeben wird.

Im Prozeß der Auflösung von Staatlichkeit aufgrund des Zusammenbruchs der ökonomischen Basis werden die Angehörigen des Staatsapparates zu ständigen Wegelagerern der Zivilgesellschaft. Sie ersticken alle unternehmerischen Initiativen zur Selbsthilfe. Ist eine Gesellschaft einmal in einen solchen Zustand geraten, in dem die wirtschaftskriminell angeeignete Fassade von Staatlichkeit und deren Akteure einen Zustand allgemeiner Unsicherheit erzeugen, lösen sich auch zivilgesellschaftliche Regelsysteme auf und werden durch Selbstverteidigungsstrukturen ersetzt. Es bilden sich Identitäten, z.T. auf der Mikroebene, die sich zumeist auf den konkreten Ausschluß anderer gründen. Informalisierung und Kriminalisierung wirtschaftlicher Aktivitäten bestimmen das Leben. Migration und die daraus resultierende Diaspora befördern die transnationale Vernetzung und bieten zugleich eine personale Infrastruktur für illegale Transaktionen unterschiedlichster Art. Denn das staatliche Gewaltmonopol und rechtsstaatliche Instanzen des Gastlandes bleiben für die Lebenssphären der meisten MigrantInnen ohne Wirkung, obwohl ihre Arbeitskraft ökonomisch ein fester Bestandteil der jeweiligen nationalen Ökonomien ist.

Die in Umrissen dargestellten Zustände in zerfallenden Staaten finden sich aber auch in sozialräumlich kleinen Einheiten innerhalb ansonsten leidlich funktionierender demokratischer Staaten. Ob es sich um Ghettos sozial abgehängter Minderheiten in den Metropolen von Industrienationen, um die riesigen Armutsgürtel, von denen alle großen Millionenstädte in der Dritten Welt umgeben sind oder aufgegebene Industriestandorte in der ehemaligen Sowjetunion handelt, die Bewohner erfahren Staatlichkeit so, als lebten sie in einem zerfallenen Staat. Polizisten begegnen ihnen als gefährliche Feinde. Entsprechend bilden sich in diesen sozialen „Exklaven der ökonomischen und sozialen Apartheid“ den

Kriegsökonomien ähnliche Strukturen heraus. Das Gewaltmonopol liegt meist bei nach dem Territorialprinzip organisierten Gangs. Schutzgelder treten an die Stelle von Steuern. Ein mit Gewaltandrohung erpreßtes Schweigen gegenüber den staatlichen Strafverfolgungsorganen entspricht der staatsbürgerlichen Loyalität. . . .

Aus dieser Herangehensweise an die Zusammenhänge zwischen den symbiotisch verknüpften Prozessen von Globalisierung und Schattenglobalisierung einerseits und Erscheinungsformen gesellschaftlicher Gewalt andererseits ergibt sich die Notwendigkeit, gesellschaftliche Gewalt, die sich unter anderem in Mordraten und Straftaten unter Anwendung von Schusswaffen ausdrückt, auf den Mikroebenen sehr viel genauer zu untersuchen, um die Anteile „regulativer Gewalt“ zu bestimmen. Unter regulativer Gewalt wird die Androhung und der Einsatz von physischer Gewalt zur Durchsetzung von ungleichen Tauschverhältnissen und Aneignung verstanden.

Ein zentraler Befund der Untersuchungen in den letzten Jahren über bewaffnete interne Konflikte lautet, dass sich kriegerische Gewalt zu erheblichen Teilen mit wirtschaftlichen Interessen erklärt werden kann, ja dass sogar langandauernde Kriege geradezu zu einer eigenständigen Produktionsweise mutieren, in der das kriegerische Geschehen von gewaltunternehmerischen Kalkülen bestimmt wird. Ein weiterer Befund ist, dass diese Kriegsökonomien nur transnational vernetzt funktionsfähig sind. Mit anderen Worten, diese Gewaltökonomien sind notwendig transnational eingebunden. Verfolgt man nun die kriegsökonomischen Transaktionen auf ihrem Weg in die reguläre Ökonomie, so erschließen sich weitere kriminelle Netzwerke, die überall agieren und Gewalthandlungen in einem Umfang begehen, der manchen bewaffneten Konflikt, der als Krieg beschrieben wird, übertrifft. . . .

Deterritorialisierung und Diffusion kriegerischer Gewalt

. . . Die entscheidend neue Dimension dieser Erscheinungen, die in Kriegswirtschaften in innergesellschaftlichen bewaffneten Konflikten und fragmentierten Gesellschaften systemischen Charakter haben, liegt darin, daß die Funktionslogik dieser notwendig transnationalen Netzwerke die Unterschiede zwischen Krieg und Frieden verwischt. Denn die Gewaltsteuerung derartiger wirtschaftlicher Transaktionen ist zwangsläufig entterritorialisert, was wiederum entlang der weltweiten Drogenhandelsströme am besten dokumentiert ist. Streng ökonomisch betrachtet muß der kriegswirtschaftlich bedingten Menge illegaler Transaktionen in einem Kriegsgebiet eine gleiche Menge illegaler Transaktionen außerhalb des Kriegsgebietes entsprechen. Dies begründet die expansive Dynamik informeller und krimineller Sphären ausgehend von Kriegsökonomien zunächst in die Region und dann in die globalen Waren- und Dienstleistungsströme. Letztlich aber reüssieren derartige Netzwerke nur, weil sie über Hehler Zutritt zu den Märkten der reichen Industrieländer finden.

Es ist daher notwendig, Thesen über die Figur des Warlords weiter zu differenzieren. Denn wenn Warlords notwendig wirtschaftlich in transnationalen Räumen operieren, dann stellt sich klar die Frage, ob sich daraus nicht auch eine Entterritorialisierung ihrer Gewaltlogik ergeben muß. Jeder Warlord muß seine Gewaltlogik so kalibrieren, daß die Austausch- und Geldwaschsphären mit der regulären Ökonomie nicht gefährdet werden. Was als nicht endende Kriege erscheint, ist möglicherweise ein systemisches Merkmal und man sollte vorsichtiger von Gewaltunternehmern sprechen. Denn es könnte sich herausstellen, daß die dominanten Gewaltunternehmer längst der Logik transnationaler Netzwerke folgen. Wir hätten es dann mit einer Diffusion des Krieges, auch der sog. neuen Kriege zu tun, die sich in „regulative Gewalt“ transformieren und entterritorialisieren. Für diese These spricht, daß systemische Transformationen z.B. in Brasilien und Rußland mit einer rasanten Steigerung der Mordraten verbunden sind, hinter denen sich ökonomisches Gewaltmanagement in jenen Räumen verbirgt, aus denen sich der schwache Staat als Gewaltmonopolist längst verabschiedet hat. Allgemeiner, die riesigen Räume sozialer Ausgeschlossenheit, die den neoliberalen Globalismus begleiten, kann man zunehmend als Gewaltmärkte beschreiben, deren Steuerung sich aus den Logiken der Schattenglobalisierung ergibt.

Die Grenzen US-amerikanischer Macht³⁵

Die einzige Supermacht verbindet militärische Stärke mit politischer und wirtschaftlicher Schwäche

Von Mike Haynes³⁶

Schwimmen die USA auf einer endlosen Welle des Erfolgs? Die rasche Beseitigung des Talibanregimes wurde von vielen Unterstützern der amerikanischen Politik als nachträgliche Bestätigung der Entscheidung zum Krieg gesehen und schien die Unbesiegbarkeit der USA zu belegen. Die Führung der amerikanischen Regierung würde dem kaum widersprechen. Nur in Legenden geben Könige öffentlich ihre Schwächen zu. George Bush wird sich nicht an die Küste stellen und dem Meer befehlen, sich zurückzuziehen. Er ist darauf angewiesen, die Welt glauben zu machen, dass die Macht seines Landes keine Grenzen kenne.

Aber diese Grenzen gibt es, und sie sind sehr real. Deshalb ist die Nervosität in den USA so groß. Das Gefühl der Verwundbarkeit ist größer als jemals seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Im Zentrum der politischen Debatte steht der Streit darüber, wie mit neuen Bedrohungsszenarien umgegangen werden soll. Die Bush-Regierung hat darauf ganz traditionell geantwortet, indem sie einen Staat angegriffen hat. Langfristig wird der 11. September wahrscheinlich dazu führen, dass die traditionellen Formen militärischer Verteidigung gestärkt werden, was George Bushs Freunden aus dem militärisch-industriellen Komplex sicher sehr entgegen kommt. Aber Insider kritisieren, dass terroristischen Bedrohungen nicht durch die Bombardierung eines Staates begegnet werden kann. Die bösartige Genialität der Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon lag in der Schlichtheit der Mittel. Trotz der Behauptung, dahinter habe ein ausgeklügeltes Netzwerk gestanden, scheint nicht mehr nötig gewesen zu sein als ein paar Dutzend entschlossener Einzelpersonen mit Teppichmessern.

Der Krieg in Afghanistan war ein Kolonialkrieg. Allen Kolonialkriegen liegt ein massives Ungleichgewicht der Kräfte zugrunde. Experten reden in diesem Fall von "Asymmetrie". Lyndon B Johnson, US-Präsident in den späten 1960'er Jahren, fand ein besseres Bild, als er Konflikte kleiner Staaten mit den USA als einen Kampf zwischen einer Mücke und einem Elefant verglich.

Sehen wir uns Afghanistan an. Um in der modernen Welt Macht grob zu messen, betrachtet man gewöhnlich Bevölkerungszahlen und Wohlstand. Die USA haben eine Bevölkerung von 278 Millionen, Afghanistan 20 Millionen (plus minus viele Flüchtlinge). Wohlstand ist schwieriger zu messen, aber wir können schätzen, dass das amerikanische Pro-Kopf-Einkommen bei rund 35.000 Dollar jährlich liegt und das afghanische bei 200 Dollar. Diese Zahlen sind grobe Schätzungen, aber sie genügen für eine einfache Berechnung. Wenn wir jetzt das Einkommen mit der Bevölkerung multiplizieren und die beiden Länder vergleichen, bekommen wir Zahlen, die ein gewöhnlicher Taschenrechner nicht mehr anzeigen kann, so viele Nullen kommen dabei heraus. Die USA, das reichste Land der Welt, ist ungefähr 2.500mal so mächtig wie Afghanistan, eines der ärmsten. Es geht um die Mücke und den Elephanten.

Intelligente Bomben

Das amerikanische Vorgehen wurde als Sieg der Luftwaffe gefeiert. Was jetzt als "chirurgische Kriege" bezeichnet wird, kann mit Präzisionswaffen geführt werden. Das Militär behauptet, dass im Golfkrieg von 1990-91 nur 3,5% der abgeworfenen Bomben "intelligent" waren, im Kosovokrieg bereits 38% und in Afghanistan ganze 60%. Die Wahrheit über die Bombardierungskampagne kommt nur tröpfchenweise ans Licht. Sicher ist, dass weit mehr Menschen gestorben sind als in den Trümmern des World Trade Center. Es gab direkte Opfer unter den Taliban und der Zivilbevölkerung. Außerdem

³⁵ Der Artikel stammt aus der Januar-Ausgabe 2001 der Zeitschrift „Socialist Review“ und ist leicht gekürzt.

³⁶ Mike Haynes ist Dozent an der Wolverhampton University in Großbritannien.

leiden viele der tausenden Flüchtlinge unter Krankheiten und Hunger, die nicht gelindert werden. Diese Todesfälle werden noch lange anhalten.

Aber weil Afghanistan so arm ist, hatte die US-Luftwaffe von der ersten Minute an die Lufthoheit über dem Land. Die Bilder der verstreuten und ziellosen Flak-Geschütze, die versuchten, amerikanische Flugzeuge über Kabul zu beschießen, zeigten, dass dies nicht Bagdad oder Belgrad war. Trotzdem mussten die Gebiete der Taliban mit Bodentruppen eingenommen werden. Die amerikanischen Einheiten mögen wenige Angehörige verloren haben, aber das trifft nicht auf ihre Hilfstruppen von der Nordallianz zu. Ähnliches wird sich in jedem der kommenden Kriege abspielen. Und wenn keine zuverlässigen Stellvertreter zur Hand sind, werden NATO oder US-Truppen selbst kämpfen müssen. Es macht daher nicht viel Sinn, zu viele Schlüsse aus der Überlegenheit der USA in diesem Konflikt zu ziehen. Stattdessen müssen wir uns anschauen, wo die USA derzeit in der Welt als ganzer stehen.

Es existiert ein enormer Unterschied zwischen der heutigen Situation und der Welt bei Ende des Zweiten Weltkriegs. Damals erreichte die relative Macht der USA ihren Höhepunkt. Deutschland und Japan waren besiegt worden. Der Rest von Europa lag in Trümmern. Aber die amerikanische Wirtschaft boomte wie nie zuvor. Im Jahre 1945 stammte die Hälfte der weltweiten Industrieproduktion von dort. Die US-Wirtschaft war in der Lage, eine besser ausgestattete Armee zu versorgen als irgendein anderes Land. Und die USA genossen zum ersten und einzigen Mal ein Monopol auf Nuklearwaffen. Es kann daher nicht verwundern, dass sie eine so entscheidende Rolle bei der Etablierung der Nachkriegsordnung spielten. Aber sogar damals war ihre Macht nicht absolut. Großbritannien versuchte, seine Position als koloniale Weltmacht zu behaupten, und in der Sowjetunion was Stalin darauf aus, seine eigene Einflusszone zu sichern. Das trug zum Ausbruch des Kalten Krieges bei, denn seine eher örtlich begrenzte Vision stieß mit den globalen Ambitionen des amerikanischen Kapitals zusammen.

Als der Kalte Krieg endete, stieg die relative Macht der USA enorm an. Heute sind die USA allein verantwortlich für 36% der weltweiten Militärausgaben und subventionieren viele ihrer Alliierten. Aber die Welt von 1989-91 war nicht die Welt von 1945. Und die Welt von 2002 ist es auch nicht. Zu viel anderes hat sich verändert, und die Entscheidungsträger in den USA wissen das.

Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass der Siegestaumel der USA nach dem Ende des Kalten Krieges Anfang der 1990'er durch die Wahrnehmung einiger ernsthafter Probleme gedämpft wurde. Derer gab es vor allem drei. Erstens schrumpfte der Vorsprung der USA vor anderen westlichen Mächten. Die Industrieproduktion der EU hatte das Niveau der USA erreicht, und mit Japan zusammen lag sie um rund 50% drüber. Die USA hatten sich gleichzeitig zum größten Schuldner der Welt entwickelt. Zweitens verlangsamte sich das Wachstum in den USA und überall in der kapitalistischen Welt. Die akute wirtschaftliche Krise Anfang der 1990'er verschärfte diesen allgemeinen, seit Mitte der 1970'er Jahre zu beobachtenden Trend. Und drittens verschlechterte sich die soziale Lage der amerikanischen Gesellschaft. Eine Reaktion hierauf, die die Lage versinnbildlichte, war die Ankündigung der Hilfsorganisation Oxfam, ab 1991 nun auch Menschen in den USA Hilfe zukommen zu lassen. Der Pessimismus bezüglich der eigenen Gesellschaft herrschte bis Mitte der 1990'er Jahre vor. Aber der Boom der späten Clintonjahre (und die fortdauernden Schwierigkeiten der japanischen Wirtschaft) veränderten die Stimmung, und die Stelle der modischen "Abstiegstheorien" trat ein noch modischerer Siegestaumel. Aber obwohl die Prognosen der Pessimisten überzogen waren, hatten sie doch auf einige sehr reale Trends hingewiesen. Und jetzt, da die Blase des Booms geplatzt ist, steigt hinter dem Gerede von "ihr seid entweder für uns oder gegen uns" erneut ein Bewusstsein dieser Schwächen auf.

Die Unfähigkeit der USA, die neue Weltunordnung zu kontrollieren, zeigt dies. Die traditionellen Koalitionen sind brüchig geworden, und in ihrem Rahmen rangeln sich mehrere Staaten um die privilegier-

ten Positionen. Einer der Gründe, warum Tony Blairs unterwürfige Haltung gegenüber den USA von vielen rechts gerichteten Kommentatoren in Großbritannien kritisiert wird, ist, dass er keinerlei Gegenleistungen für seine Unterstützung fordert, während Putin sich erhebliche Zugeständnisse erkaufen konnte, obwohl er weiterhin unabhängig agiert.

In vielen Teilen der Dritten Welt ist der Aufstieg des radikalen Islamismus ein weiteres Zeichen für die Schwierigkeiten der USA.

Unvollendeter Krieg

Der islamische Fundamentalismus nährt sich von den ideologischen Vakuum, das die Bewegungen des radikalen Nationalismus und stalinistischer Prägung hinterlassen haben. Aber die Wut auf die USA ist sehr real. Heute lieben oder bewundern sehr wenige Menschen den amerikanischen Staat oder seine Politik, auch wenn ihre Regierungen pro-amerikanisch sind. Die USA wiederum finden es immer schwerer, den Menschen substantiell entgegenzukommen, um sie für sich einzunehmen. Deshalb tragen sie die Peitsche heute so viel offener, aber auf sie folgt immer neue Verbitterung, während die USA von einem Desaster zum nächsten marschieren. Der Golfkrieg wurde “nicht vollendet”: der Irak wurde in Trümmer geschossen und seine Bevölkerung leidet weiter unter den fortdauernden Bombenangriffen. Bosnien wurde als weitgehend verarmtes Protektorat “stabilisiert”. Und dasselbe gilt noch stärker für den Kososvo. Serbien erlitt rund 27 Milliarden Dollar Schäden durch den NATO-Krieg. Aber als die Serben Milosevic stürzten, bot der Westen ihnen nur in paar Milliarden an Hilfsleistungen und als Kredite, die an eine lange Reihe scharfer Bedingungen geknüpft waren. Die Alliierten der USA werden kaum besser behandelt. Im Kosovokrieg blockierte das NATO-Bombardement die Donau, die eines der zentralen Transportsysteme Europas darstellt. Als der Krieg endete, wurde in Aussicht gestellt, sie innerhalb weniger Wochen wiederzueröffnen. Während der Bombardierung Afghanistans dann wurde still bekannt gegeben, dass der Fluss möglicherweise nächstes Jahr wieder für den Schiffsverkehr freigegeben wird – also drei Jahre nach Ende des Krieges. Solche Gleichgültigkeit ruft neuen Widerwillen hervor. Das ist die Achillessehne der amerikanischen Strategie im “Kampf gegen den Terror”.

Einige amerikanische Kommentatoren vertreten die Ansicht, dass die USA aus dieser Not eine Tugend machen sollten und nur noch die Peitsche schwingen. “Wir machen Krieg,” sagte ein Analyst der Brookings Institution, “andere Leute müssen sich um die Friedenserhaltung und die Stabilisierung kümmern.” Charles Krauthammer, ein einflussreicher Berater der amerikanischen Außenpolitik, zog in der Washington Post einen nicht weniger brutalen Schluss: “Macht ist ein Selbstzweck. Siege verändern alles, vor allem die Psychologie. Die Psychologie in der Region ist nun von Angst und tiefem Respekt für die amerikanische Macht geprägt. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, sie einzusetzen, um die anderen Regime, die radikalen islamistischen Terror beherbergen, abzuschrecken, niederzustrecken und zu zerstören.”

Nach solchen Aussagen sehen europäische Politiker, die scheinheilig versprechen, Afghanistan diesmal nicht wieder im Stich zu lassen, ziemlich dumm aus. Denn bis auf einige freundliche Gesten wird die Masse der afghanischen Bevölkerung von der Aufmerksamkeit der westlichen Staaten natürlich nicht viel Gutes zu spüren bekommen. Afghanistan ist ein armes Land und wird arm bleiben. Aber in anderer Hinsicht macht die Schwäche der USA die Situation komplizierter. Ironischerweise sind es einige der Marionetten der USA, die hierfür ein klareres Gespür haben als viele im Westen. Wer während des Kalten Krieges amerikanische Unterstützung wollte, sagte man, müsse nur die kommunistische Karte spielen. Es gab einen alten Witz über den Dritte-Welt-Diktator, der eine kommunistische Partei gründet, nur um mehr US-Entwicklungshilfe zu bekommen. Mit dem Ende des Kalten Krieges hätten die abhängigen Gruppen und Regime eigentlich einen wichtigen Trumpf verlieren müssen. Aber sie lernten schnell, die amerikanische Schwäche zu nutzen.

Bauern auf dem Schachbrett

Afghanistan bietet hierfür gute Beispiele. Anfang November 2001 stand George Bush neben dem pakistanischen Staatschef General Musharraf (den die CIA kurz zuvor extra von der Liste der Staatschurken gestrichen hatte) und versicherte ihm, dass “wir unsere Freunde ermutigen werden, nach Süden zu marschieren, aber nicht in die Stadt Kabul selbst. Und wir glauben, dass wir unsere militärische Strategie auf diese Weise umsetzen können.” Als Kabul aber fiel, marschierte die Nordallianz schnurstracks ein. Als nächstes tauchten vor allen anderen zwölf russische Transportflugzeuge aus dem blauen Himmel auf, bauten eine “humanitäre Basis” auf und übernahmen die russische Botschaft. Das war nicht so geplant gewesen. Die Bush-Regierung hatte angenommen, die Russen kennen ihren – in der zweiten Reihe. Und auch die Massaker, die die Einheiten “unseres Freundes” Raschid Dostum anrichteten, waren nicht Teil des Pentagon-Drehbuchs. Und noch weniger war es seine Weigerung, irgendetwas mit der unter Aufsicht der UNO geformten neuen Regierung zu tun haben zu wollen.

Aber dies ist ein wiederkehrendes Muster, bei dem die vermutlichen Schachfiguren der USA ihr eigenes Spiel beginnen. Aber die USA sind auch innenpolitisch eingeschränkt. Bushs Umfragewerte mögen gestiegen sein, aber die alten Probleme sind geblieben. Ein amerikanischer Werbefachmann schrieb vor kurzem, die Probleme der “Marke Amerika” kämen nicht nur von außen: “Während Teile von Amerika sich selbstsicher auf den Weg in eine wohlhabendere, technologisiertere Zukunft machen, nimmt die Entfremdung der Zurückgelassenen zu. Diese Menschen hassen die “Marke Amerika” am meisten.” Das ist auch der Grund, weshalb die Anti-Globalisierungs- und anti-kapitalistische Bewegung auch im ‘Herzen der Bestie’ auf so große Resonanz stößt.

Bushs “Krieg gegen den Terror” hat geholfen, die Risse ideologisch zu überkleistern. Aber die Erfahrung lehrt, dass die Wirkung solcher Programme meist nicht lange vorhält. Die immer tiefere Rezession, in die die amerikanische Wirtschaft abgleitet, gibt Grund zu derselben Annahme. Bushs Kabinett ist immer noch eine korrupte und eigennützige Oligarchie, die engste Verbindungen zu den Konzernen unterhält, welche die Wahlen im Grunde genommen gekauft haben.

Auch in dieser Beziehung sehen wir ein sehr anderes Bild als 1945. Damals wurden die Politik und das Land in den USA wie auch im Rest der industrialisierten Welt von dem langen Aufschwung zusammengehalten. Aber mit den 1970’er Jahren änderte sich das. Wer mir das nicht glaubt, möge sich das *World Factbook* ansehen, welches die CIA dankenswerterweise ins Internet gestellt hat. “Seit 1975,” heißt es da, “sind praktisch alle Zugewinne an privatem Einkommen den obersten 20 Prozent der Haushalte zugute gekommen.” Das ist ein erstaunliches Geständnis, wenn auch jeder, der sich eingehender mit dem modernen Kapitalismus beschäftigt, längst darauf gestoßen ist. Seit einem Vierteljahrhundert hat in der angeblich klassenlosen Gesellschaft, die auf einem stetig steigenden Lebensstandard begründet sein soll, sogar nach den offiziellen Daten nur eine Minderheit dazugewonnen. Der amerikanische Traum ist das Privileg weniger.

Und die wirkliche Unterschicht ist von ihm vielleicht weiter entfernt denn je. Während die obersten 10% der Haushalte für 30,5% des Verbrauchs aufkommen, konsumieren die untersten 10% gerade einmal 1,8%. Es ist daher wenig verwunderlich, dass in dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten die Lebenserwartung weltweit an zwölfter Stelle liegt und die Kindersterblichkeitsrate auf dem traurigen 30. Platz. Es ist auch kein Wunder, dass sich die Zahl der Amerikaner ohne Krankenversicherung während der 1990’er von 35 auf 42,5 Millionen erhöht hat. Und vielleicht ist auch kein Wunder, dass im Gegensatz zu den Jahren des Wirtschaftswunders, als positive Sozialprogramme gestartet wurden, in den vergangenen Jahren die größte Innovation auf dem Gebiet der Sozialpolitik darin bestanden hat, die Zahl der Inhaftierten auf rund 2 Millionen zu erhöhen (1960 waren es landesweit 330.000). Die USA kommen nun für 5% der Weltbevölkerung auf und für 25% aller Gefängnisinsassen.



All dies schafft neue Möglichkeiten und neue Herausforderungen für die Linke. Um eine starke sozialistische Bewegung aufzubauen, brauchen wir industrielle und politische Aktion gegen den Kapitalismus. Aber kurzfristig kommen diese beiden Faktoren nicht notwendigerweise zusammen. Gegenwärtig erleben die anti-kapitalistische wie die Anti-Kriegsbewegung einen Aufschwung, aber der Kampf um Löhne und Arbeitsbedingungen ist oftmals schwieriger. Das Schlimmste, was wir tun könnten, wäre, jetzt die Stärke des Gegners in einem Feld zu übertreiben, wo wir reale Chancen haben, ihn zu schlagen. Aber genau in diese Richtung könnten uns gefährliche Illusionen über die Macht der USA leiten.

Die Zeit für eine Irak-Kriegsverhinderung läuft ab oder:

Lehren aus der UNSCOM-Mission³⁷

Ein Interview mit Scott Ritter

Clemens Ronnefeldt³⁸

Nach dem jüngsten Wahlsieg Georg W. Bushs und der Absegnung der UN-Resolution 1441 am 8.11.2002 stehen alle Zeichen auf Sturm. Kaum war die Tinte trocken, wurde deutlich, dass die US-Regierung einige Passagen der Resolution völlig anders auslegen wird wie die übrigen Sicherheitsratsmitglieder und auch der UN-Generalsekretär, insbesondere, was die Selbstverteidigung des Irak gegen Bombardierungen in den Überflugzonen betrifft, die Georg W. Bush als "Angriff" uminterpretiert.

Auch US-Kriegskritiker wie der frisch gekürte Friedensnobelpreisträger und Ex-US-Präsident Jimmy Carter werden mit großer Wahrscheinlichkeit nicht mehr verhindern können, dass eine "Kerngruppe von Konservativen" versuchen wird, "lange gezügelte Ambitionen unter dem Deckmantel des dem Terror erklärten Krieges zu verwirklichen", so Carter in der Washington Post, 5.9.2002 (zit. nach Pax Report, Oktober 2002). Unter Bezugnahme auf die Behandlung von Talibansoldaten auf Guantanamo Bay formulierte Carter den bemerkenswerten Satz: "Diese Handlungen ähneln jenen von Unrechtsregimen, die vom amerikanischen Präsidenten verurteilt worden sind". Die derzeitige US-Politik lässt die Ausweitung der Gültigkeit dieses Satzes auch auf andere ihrer Handlungen im Vorfeld des drohenden Irak-Krieges zu.

Mühsame Versuche zur Kriegsrechtfertigung

Mit einem beispiellosen Propagandaaufwand betreibt die US-Regierung gemeinsam mit Tony Blair die Vorbereitung des Irak-Krieges.

Erstes Beispiel: Der "neue Bericht" der IAEO

Als Georg W. Bush und Tony Blair Anfang September 2002 in Camp David vor die Fernsehkameras traten, teilten sie Folgendes mit: "Ich weiß nicht, welche Beweise wir noch brauchen", meinte der US-Präsident mit Fingerzeig auf einen ´neuen Bericht` der internationalen Atomenergieorganisation (IAEO). Den, sekundierte ihm der britische Premier, müsse man doch nur lesen, um zu erfahren, "was in einer früheren Nuklearwaffenfabrik vor sich geht". Die Wochenzeitung "Die Zeit" (12.9.02) recherchierte nach und stellte fest: "Hier irren die Staatsmänner. Denn einen neuen Bericht der IAEO, noch dazu einen, der auf ein neues Atomprogramm im Irak hindeuten könnte, gibt es nicht. Der aufgerufene Zeuge, der Leiter des Irak-Teams bei der Wiener IAEO, Jaques Baute, stellte klar: `Wir haben nichts, was uns erlaubt, eine Schlussfolgerung zu ziehen.`"

FF5/2002 Zweites Beispiel: Die Anlage "Al Dora"

In einem Bericht vom 9.9.2002 des der NATO nahestehenden Internationalen Institutes für strategische Studien (IISS) in London wird darauf hingewiesen, dass in der angeblichen Massenvernichtungsproduktionsanlage Al Dora "die Arbeit anscheinend wieder aufgenommen worden ist. Die Anlage hat 25% ihrer Kapazität" (S. 30). Die US-Regierung gab am 12.9.02 ein Dokument mit dem Titel "Ein Jahrzehnt der Täuschung und der Feindschaft" heraus, in dem darauf hingewiesen wird, dass Al Dora "ein ausgedehntes Luftbehandlungs- und Filtersystem hat" (S. 8). In einem Dossier der britischen Regierung vom 24.9.02 wird Al Dora als "eine besorgniserregende Anlage" bezeichnet.

Im Juli 2002 besuchte der Ex-UN-Diplomat Hans von Sponeck, von 1998-2000 zuständig im Irak für das "Lebensmittel-für-Öl-Programm" mit einem deutschen TV-Team den Irak. Der im deutschen Fernsehen ausgestrahlte Bericht über seine Besichtigung der Anlage Al Dora zeigte eindeutig, dass die

³⁷ Veröffentlicht in Friedensforum 5-6/2002

³⁸ Clemens Ronnefeldt ist Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes

von der UNSCOM zerstörte Anlage nach wie in Trümmern liegt. "Was zerstört wurde, kann keine Bedrohung sein", schlussfolgerte von Sponeck und fügte hinzu: "Die von der US-Regierung geförderte Massenhysterie und Psychokriegführung sind international nicht hinnehmbar" (Alle Zitate aus dem Vortrag von Hans von Sponeck vor dem Europäischen Kolloquium in Brüssel am 25.9.2002).

Scott Ritter über die Arbeit von UNSCOM 1991-1998

Scott Ritter, vom Golfkriegsteilnehmer 1991 und UNSCOM-Delegationsleiter (1991-1998) inzwischen zu einem der schärfsten Irak-Kriegsgegner gewandelter ehemaliger Marinesoldat und UN-Waffeninspekteur, gab William Rivers Pitt, politischer Publizist aus der Nähe von Boston/USA, ein langes und äußerst aufschlussreiches Interview, das unter dem Titel "Krieg gegen den Irak. Was die Bush-Regierung verschweigt" 2002 als Buch (Verlag Kiepenheuer und Witsch, 106 Seiten, 6,90 Euro) erschienen ist.

Zur Frage der Atomwaffen

Ritter: "1998, in dem Jahr, als ich den Irak verließ und das UN-Waffeninspektionsprogramm beendet wurde, waren die Infrastruktur und die Anlagen zu 100 Prozent zerstört. ... Wir können ohne Abstriche sagen, dass die industrielle Infrastruktur, die der Irak zur Herstellung von Atomwaffen benötigt, zerstört wurde" (S. 43).

Zur Frage der Chemischen Waffen

Ritter: "Der Irak produzierte drei verschiedene Nervengifte: Sarin, Tabun und VX. ... Sarin und Tabun haben bei der Lagerung eine Lebensdauer von fünf Jahren. Selbst wenn der Irak es geschafft hätte, diese ungeheuren Mengen an Kampfstoffen vor den Inspektoren geheim zu halten, enthielten ihre Depots heute nur noch unbrauchbare und harmlose Schmiere. Chemische Waffen wurden in der Anlage Muthanna hergestellt. Diese riesige Produktionsstätte für chemische Waffen wurde im Golfkrieg bombardiert, danach kamen die Waffeninspektoren und vernichteten alles, was davon noch übrig war" (S. 46f).

"1996 entdeckten wir schließlich 200 Kisten mit Ausrüstung für die Herstellung von Glasfaserauskleidung, die für den Aufbau einer Fabrik zur Herstellung des Nervengases VX bestimmt war. Die Iraker hatten sie vor den Inspektoren versteckt. Wir fanden sie wie gesagt 1996 und zerstörten sie. ... Gibt es heute im Irak eine Fabrik zur Herstellung des Nervengases VX?"

Die Antwort lautet: Nie im Leben. ... Die Herstellung von chemischen Waffen setzt Abgase frei, die man längst aufgespürt hätte. Per Satellit und auf andere Weise haben wir das Land überwacht und nichts entdeckt" (S. 51f).

Zur Frage der Biologischen Waffen

Ritter: "Es gelang ihnen, das eine wie das andere (Anthrax und Botulinumtoxin, Anm. C.R.) in waffenfähiger Form herzustellen, und sie bestückten Sprengköpfe und Bomben damit. ... Im Gegensatz zur landläufigen Meinung gibt es absolut keinen Hinweis darauf, dass der Irak mit Pocken, Ebola oder anderen Horrorwaffen experimentierte, von denen in den Medien heute so gerne geredet wird. ... Der Irak besitzt heute keine biologischen Waffen mehr, weil sowohl das Anthrax als auch das Botulinumtoxin inzwischen unbrauchbar geworden sind. Um heute über biologische Waffen zu verfügen, hätte der Irak eine Produktionsbasis für diese Kampfstoffe ganz neu aufbauen müssen. ... Viele behaupteten, in den irakischen Palästen würde Anthrax hergestellt. Die Welt war drauf und dran, einen Krieg anzufangen, damit wir Zutritt bekämen. Als wir dann endlich hineindurften und nach atomaren und chemischen Waffen suchten, fanden wir nichts. Allerdings wurde den Biologen aufgetragen, Tests durchzuführen. Als die Iraker Dick Spertzel (Leiter der UNSCOM-Mission für Biowaffen, ehemaliger Offizier der US-Armee, Anm. C.R.) darauf ansprachen, sagte er, er habe nie erwartet, dort biologische Waffen zu finden, und er wolle den Irakern nicht die Genugtuung verschaffen, mit negativen Testergebnissen Punkte zu machen.



Pitt (der Interviewer, Anm. C.R.): Dieses Verhalten erinnert an einen Kriminalbeamten, der sich weigert, die Suche nach einer Mordwaffe in den Durchsuchungsbefehl aufzunehmen, aus Angst, sie nicht zu finden und das dann in der Beweisaufnahme zugeben zu müssen.

Ritter: Genau das ist passiert. ... Für mich ist es intellektuell und moralisch unbegreiflich, dass Richard Butler (Chef der UNSCOM-Mission, Anm. C.R.) das Dick Spertzel hat durchgehen lassen. Bei unseren morgendlichen Einsatzbesprechungen kam es mehrmals zu heftigen Wortwechseln zwischen mir und Dick Spertzel über die Art und Weise seiner Untersuchungen" (S. 57ff).

Zur Rolle Richard Butlers

Ritter schildert folgenden Vorfall: "Im September 1997 führte die exzellente Inspekteurin und Biologin Diane Seaman eine unangemeldete Besichtigung des staatlichen Standardisierungslabors durch, wo Lebensmittel getestet wurden. Sie stieß auf zwei Herren mit Aktentaschen, die gerade die Treppe herunterkamen. Als sie sie sahen, gerieten sie in Panik und versuchten wegzulaufen. Diane rannte ihnen nach, hielt sie fest und nahm ihnen die Aktentaschen ab. ... Die Dokumente trugen die Überschrift: "Biologische Sonderaktivität". ... Also suchten wir das Hauptquartier der SSO (Special Security Organization, Sicherheitsdienst für den Schutz Saddam Husseins, Anm. C.R.) auf, das sich unmittelbar neben dem Präsidentenpalast befindet. Wir wurden mit vorgehaltener Waffe gestoppt und gezwungen, unsere Inspektion abubrechen. Das führte zu einer größeren Konfrontation. Die Welt bereitete sich auf einen Krieg vor. Aber dann ließen wir die Dokumente vollständig übersetzen und erkannten, dass es darin gar nicht um biologische Waffen ging, sondern um Lebensmitteltests. Es waren Berichte über die Proben, die von jedem Kleidungsstück, jedem Bettlaken, jeder Speise und von allem genommen wurden, was mit dem Präsidenten und seinem engsten Kreis in Berührung kam. ... In den Unterlagen über "Biologische Sonderaktivität" ging es einzig und allein um die Sicherheit des Präsidenten. Was später aus dieser Geschichte gemacht wurde, hat mit der Wahrheit wenig zu tun. Richard Butler, der die Wahrheit kennt, zitiert im amerikanischen Fernsehen und Rundfunk diesen Vorfall bis heute als einen Beleg dafür, dass der Irak nach wie vor an der Herstellung biologischer Waffen arbeite" (S. 61ff).

"Wenn man sich die Mühe macht nachzulesen, wird man sehen, dass Richard bezüglich des Irak und seiner Tätigkeit als Chef der UN-Waffeninspektoren ständig gelogen hat. Bezüglich des Irak hat er jede Glaubwürdigkeit verloren. Aber der gegenwärtigen Politik kommt es sehr gelegen, wenn einer mit dem Hintergrund Richard Butlers im amerikanischen Fernsehen Saddam attackiert. Bedauerlicherweise bieten ihm die Medien immer noch ein Forum" (S. 73f).

Zum Vorwurf der Spionagetätigkeit durch UNSCOM

Ritter: "Ein Team aufzustellen, in dem unter anderem auch CIA-Mitarbeiter tätig sind, so wie ich es gemacht habe, ist das eine - in allen meinen Teams gab es auch CIA-Mitarbeiter. Ich war auf sie angewiesen. Sie sind gut. Sie verfügen über großartige Fähigkeiten, die man braucht, wenn man sich auf ein Spiel mit den Irakern einlässt, wie ich es getan habe. Solange sich alle Aktivitäten innerhalb des Irak im Einklang mit dem UN-Mandat bewegen - nämlich mit der Suche nach Massenvernichtungswaffen -, ist alles in Ordnung. In dem Moment, in dem man zulässt, dass Inspektoren auch nachrichtendienstliche Informationen sammeln, die mit dem Mandat nichts zu tun haben, diskreditiert man das gesamte Inspektionsteam. Richard Butler hat bei mehreren Inspektionsprogrammen - das wichtigste war ein Funkaufklärungsprogramm, das ich konzipiert und zwischen 1996 und 1998 auch geleitet habe - zugelassen, dass die CIA den Ton angibt, mit dem einzigen Ziel, Saddam auszuspionieren. Das war ein Fehler, und das habe ich immer wieder gesagt. Richard Butlers Weigerung, diese Verbindung zu beenden, war einer der Hauptgründe für meinen Rücktritt 1998" (S. 75f).

Wie Richard Butler den Viertagekrieg vom 16.-19.12.1998 herbeiführte

Ritter: "Am 30. November 1998 traf sich ein ranghohes Mitglied des amerikanischen Nationalen Sicherheitsrates mit Richard Butler, um diesem zu sagen, dass die USA den Irak bombardieren würden, und ihm den Zeitplan vorzulegen. Die Bombenangriffe sollten zeitgleich mit einer Inspektion beginnen: Damit wurden die Inspektionen als Vorwand für die Bombardierung benutzt. Richard Butler sollte einen Inspektionsplan erarbeiten, der mit dem Zeitplan der amerikanischen Bombardierung zusammenfiel. Nach diesem Gespräch beschloss Richard Butler, Inspektoren mit sehr heiklen Kontrollaufgaben in den Irak zu schicken, die nichts mit der Abrüstung zu tun hatten, sondern die Iraker provozieren sollten. ...

Im Juni 1996 flog Rolf Ekeus (Vorgänger von Richard Butler als Chef der UNSCOM-Mission, Anm. C.R.) in den Irak und handelte eine Übereinkunft aus, die so genannten Modalitäten zur Inspektion sensibler Einrichtungen: Wenn Inspektoren an einen Ort kämen, den die Iraker als sensibel deklarierten (z.B. Zugang zu den Spezialbrigaden der Republikanischen Garde, Anm. C.R.), sollten die Iraker den unverzüglichen Zutritt eines nur vierköpfigen Inspektionsteams gewährleisten, das kontrollierte, ob die Einrichtung etwas mit Massenvernichtungswaffen zu tun hatte oder ob es sich tatsächlich nur um eine sensible Einrichtung handelte. In diesem Fall war die Inspektion zu beenden.

Diese Modalitäten bezüglich der Inspektion sensibler Einrichtungen wurden vom Sicherheitsrat als Teil eines Rahmenpakets zu den allgemeinen Durchführungsbestimmungen gebilligt. Und sie waren praktikabel - nicht perfekt, aber doch so gut, dass wir zwischen 1996 und 1998 unsere Arbeit tun konnten.

Nach seiner Konsultation mit dem ranghohen Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates ordnete Richard Butler in enger Koordination mit den Vereinigten Staaten an, dass die Inspektoren nach ihrer Ankunft im Irak im Dezember die Modalitäten zur Inspektion sensibler Anlagen für null und nichtig erklären sollten. Er tat dies ohne Abstimmung mit dem Sicherheitsrat. Das einzige Land, mit dem er sich abstimmte, waren die Vereinigten Staaten.

Die Inspektoren gingen also in den Irak und suchten ein Hauptquartier der Baath-Partei in Bagdad auf. Die Iraker sagten zwar, es handle sich um eine sensible Einrichtung, ein vierköpfiges Inspektionsteam werde aber dennoch zugelassen. Die Kontrolleure erklärten einseitig die Modalitäten zur Inspektion sensibler Einrichtungen für ungültig und forderten die Zulassung des gesamten Inspektionsteams. Die Iraker ließen sich auf einen Kompromiss ein und gewährten einem sechsköpfigen Team Zutritt. Es fand nichts.

Daraufhin forderte der Leiter des Teams auf Anordnung Richard Butlers den Zutritt eines sehr viel größeren Teams. Die Iraker antworteten, sie würden nur ein Team entsprechend den vereinbarten Modalitäten zulassen. Daraufhin zogen sich die Inspektoren zurück und erstatteten Richard Butler Bericht. Dieser wiederum führte den Vorfall als Beispiel für die eklatante Missachtung des Mandats des UN-Sicherheitsrates an.

Er hatte das Inspektionsteam auf Befehl der Vereinigten Staaten abgezogen. Damit brach er das Versprechen, das er anderen Mitgliedern des Sicherheitsrates gegeben hatte: nämlich nie wieder einseitig Inspektoren abzuziehen beziehungsweise im Falle eines notwendigen Abzugs zuvor den Sicherheitsrat zu informieren und dessen Erlaubnis einzuholen. Schließlich waren die Inspektoren ja im Auftrag des Sicherheitsrates tätig. Richard Butler jedoch telefonierte lediglich mit dem stellvertretenden US-Botschafter Peter Burleigh, führte dessen Marschbefehl aus, zog die Inspektoren zurück, und zwei Tage später begannen die Amerikaner mit der Bombardierung. Sie benutzten Richard Butlers Bericht an den Sicherheitsrat als Rechtfertigung. Und natürlich hieß es in dem Bericht, die Inspektoren wären bei der Durchführung ihrer Aufgaben von den Irakern behindert worden" (S. 77ff).



Soweit Auszüge aus dem Interview mit Scott Ritter. Der Schwede Hans Blix, derzeitiger Leiter von UNMOVIC, Nachfolgeorganisation der UNSCOM, ist aus anderem Holz geschnitzt als der Australier Richard Butler. Dennoch war er nicht gut beraten, als er von Georg W. Bush zum Gespräch zitiert wurde und dieser Einladung folgte. Sein Chef ist und bleibt der UN-Generalsekretär - auch wenn dies dem US-Präsidenten nicht gefällt.

Die Vorgeschichte des Vortagekrieges 1998 zeigt die vielfältigen Möglichkeiten und Spielräume, einen Grund zum Krieg zu konstruieren. Hans Blix ist nicht um seine Aufgabe zu beneiden, wenn vermutlich in wenigen Wochen US-Provokationen den Startschuss zum Irak-Krieg einleiten werden.

Die Erhöhung des öffentlichen Druckes auf die US-Regierung durch Friedensdemonstrationen, Mahnwachen sowie Selbstverpflichtungen zu Protest und Widerstand ist das Gebot der Stunde.

Öl-Fässer und Kanonen³⁹

Von Chris Harman⁴⁰

Im Oktober 2002 erklärte Saddam Hussein, dass er Waffeninspektoren ins Land lassen wolle. Aber der harte Kern der Bush-Administration besteht weiterhin darauf, einen Krieg vom Zaun zu brechen. Was hat die herrschende Klasse der USA zu gewinnen?

Es gibt keinen Zweifel daran, dass Öl eine wichtige Rolle spielt. Die USA müssen über die Hälfte ihres Ölverbrauchs importieren. Aber Öl allein kann nicht der einzige Grund sein. Ein Krieg könnte sehr gut zu einer kurzfristigen Unterbrechung der Ölversorgung führen. Und wer immer die Macht in den ölproduzierenden Ländern hat, will sein Öl verkaufen. Die Erfahrung mit der Organisation der ölexportierenden Staaten (OPEC) hat in den letzten 25 Jahren gezeigt, wie schwer es für die tief verschuldeten Ölproduzenten ist, ein Kartell zu bilden und die Preise zu erhöhen.

Der amerikanische Kapitalismus hat weltweit riesige Investitionen in anderen als der Ölindustrie. Indem er seine militärische Macht zur Schau stellt, macht er die Welt auch für diese Investitionen sicherer. Das Strategiepapier "Vision für 2020" des US-Raumkommandos vergleicht die Weltraumrüstung der USA mit den Bemühungen anderer Staaten, in früheren Jahrhunderten Kriegsmarinen zu bauen, um den eigenen Handel zu schützen und auszuweiten. Aber die Gesamtausgaben des amerikanischen Militärs liegen bei US\$ 396 Milliarden jährlich. Die Gesamteinkünfte amerikanischer Unternehmen aus Auslandsinvestitionen liegen demgegenüber bei nur US\$ 281 Milliarden. Aus Steuern auf die Exporteinkünfte von US\$ 900 Milliarden lässt sich die letzte Erhöhung des Militärhaushalts um US\$ 115 Milliarden kaum finanzieren. Kurzfristig bedeutet der Krieg also einen finanziellen Verlust.

Aber keine herrschende Klasse kann es sich leisten, ihre Politik ausschließlich an kurzfristigen kommerziellen Überlegungen auszurichten. Sie muss auch den Gesamtkontext, in dem sie ihre Macht ausübt, miteinbeziehen, um zu erkennen, wie sie Position gegen die erbitterte Konkurrenz rivalisierender Herrscher halten kann. Und sie muss der ständigen Gefahr vorbeugen, die ihr von Aufständen der Menschen droht, deren Arbeit sie ausbeutet.

All das trifft heute absolut auf die amerikanische herrschende Klasse zu. Sie erwartet heute immer noch, die unangefochtene Hegemonie zu genießen, die sie in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg ausüben konnte. Dazu gehört eine führende Rolle in Institutionen wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond und die Möglichkeit, das globale Finanzsystem den Interessen der US-Konzerne entsprechend zu manipulieren, wenn es um Konkurrenz auf dem eigenen oder auf fremden Märkten geht.

Am deutlichsten wurde dies in den letzten Jahren sichtbar an der Fähigkeit der USA, gewaltige Summen an ausländischem Geld anzusaugen, um die eigene wirtschaftliche Expansion zu finanzieren. Im Jahre 2001 flossen ganze US\$ 753 Milliarden in die USA und erhöhten die Gesamtsumme ausländischer Investitionen in den USA auf kolossale US\$ 2,3 Billionen, was 22,6% des US-Bruttoinlandsproduktes entspricht.

Aber die USA haben bei weitem nicht mehr dieselbe ökonomische Macht wie vor 50 Jahren. Zbigniew Brzezinski, während der letzten 20 Jahre eine der Schlüsselfiguren hinter der amerikanischen Außenpolitik, wies in seinem jüngsten Buch darauf hin, dass das US-Bruttosozialprodukt mit US\$ 8.511 Milliarden nur knapp über dem der Europäischen Union mit US\$ 8 Milliarden liegt. Die Produktivität pro Arbeitsstunde ist in der amerikanischen Industrie heute niedriger als in Frankreich, und der Vorsprung der US-Industrie resultiert nur aus den längeren pro-Kopf-Arbeitszeiten in den USA. Sogar die welt-

³⁹ Der Artikel stammt aus der Oktober-Ausgabe 2001 der Zeitschrift Socialist Review

⁴⁰ Chris Harman ist führendes Mitglied der britischen Socialist Worker Party

weiten Direktinvestitionen im Ausland (foreign direct investment/ FDI) der EU-Staaten übersteigen heute die der USA.

Wenn die USA heute ihre globale Hegemonie erhalten können und sich in internationalen Verhandlungen und Auseinandersetzungen mit anderen herrschenden Klassen durchsetzen, so liegt das an etwas anderem als an ihrer wirtschaftlichen Stärke. Entscheidend wird hier ihr militärisches Gewicht, da die amerikanischen Militärausgaben mehr als viermal so hoch sind wie die einzelnen Militärhaushalte der europäischen Mächte zusammengenommen. Wie Brzezinski es sehr knapp ausdrückt: “Gegenwärtig ist Europa de facto ein amerikanisches Militärprotektorat.”

Aber es gibt noch einen zweiten Trick an der Geschichte. Eine der Absurditäten des Kapitalismus ist, dass die schiere Verschwendung der Militärausgaben dem System bis zu einem gewissen Punkt erlauben kann, stabiler zu wachsen als es das ohne die staatliche Nachfrage nach Rüstungsgütern tun würde. Darauf wies schon in den 1920'er Jahren der deutsche Marxist Henryk Grossman hin, und 40 Jahre später arbeiteten Tony Cliff und Mike Kidron seine Theorie weiter aus. Den wachstumsfördernden Einfluss von Militärausgaben konnte man gut beobachten, als Präsident Reagan mit seiner Politik des “militärischen Keynesianismus” die amerikanische Wirtschaft aus der Rezession der frühen 1980'er Jahre herausholte.

Aufgrund der Verschmelzung und Integration des zivilen Kapitals mit den Rüstungsproduzenten konnten wichtige Sektoren der US-Industrie (besonders Computer- und Softwareproduktion) in den 1990'ern ihre japanischen und europäischen Konkurrenten aus dem Feld schlagen. Die USA mögen zwar für nur rund 20% der weltweiten Computerproduktion aufgekommen sein, aber darin enthalten waren 50% der weltweiten Ausgaben für Forschung und Entwicklung.

Aber Rüstungsausgaben bringen der US-Industrie auch Nachteile. Sie helfen, die Rezessionen abzuflachen. Aber indem sie die Geschwindigkeit der Kapitalakkumulation verlangsamen, erlauben sie anderen Ländern, die USA wirtschaftlich in einer Weise herauszufordern, wie das vor 50 Jahren einfach nicht vorstellbar war.

Leute wie Cheney, Rumsfeld, Wolfowitz und Richard Perle argumentieren schon seit langem, dass die USA das Gleichgewicht nur wiederherstellen können, indem sie unilateral Exempel ihrer militärischen Überlegenheit statuieren. Das bedeutet, China durch das Star Wars Programm einzuschüchtern; sich rüde über die Beschwerden eines geschwächten Russlands hinwegzusetzen; und ohne Rücksicht auf europäische Einwände im Nahen Osten loszustürmen.

Europa hat, so die Überlegung der Falkenfraktion, einfach nicht die militärische Kraft, unabhängig zu agieren. Unter solchen Bedingungen sichert die Kontrolle über das Öl im Nahen Osten nicht nur die Versorgung der USA mit Öl und die Profite ihrer Ölkonzerne. Viel wichtiger ist, dass die amerikanische herrschende Klasse sich auf diese Weise ein Mittel sichert, auf Europäer und Japaner Druck auszuüben, denn diese sind vom arabischen Öl noch abhängiger als die USA selbst.

Kurz gesagt verfügen die USA über einen Trumpf, den weder Europäer noch Japaner haben: ihr Waffenarsenal. Aber Waffen sind als Mittel im Konkurrenzkampf der herrschenden Klassen nutzlos, wenn die Welt nicht gelegentlich in Kriege verfällt.

Es ist eine barbarische Strategie. Und sie enthält viele Risiken auch für die Herrschenden der USA. Denn sie erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die arbeitenden Klassen im Nahen Osten Widerstand leisten oder sich gar revolutionär erheben. Und sie kann gleichzeitig offenbaren, in welchem Maße die amerikanische Wirtschaft für ihr Funktionieren von zunehmend nervösen Investoren in Europa und Japan abhängig ist.



Statt amerikanische Stärke zu demonstrieren, könnte Bushs Abenteuer die Verwundbarkeit der USA offen legen. Das ist der Grund, warum Leute wie Brzezinski, Kissinger und der frühere Berater von Bush sen., Brent Scowcroft, mit dieser Strategie nicht glücklich sind.

Dieses sind die explosiven Widersprüche des Kapitalismus, der am Anfang des 21. Jahrhundert sowohl hoch militarisiert als auch multinational ist.

Ein ZEIT-Gespräch⁴¹ mit Richard Perle⁴²

Die Fragen stellten Thomas Kleine-Brockhoff und Martin Klingst

DIE ZEIT: Mr. Perle, werden Sie den UN-Inspektoren glauben, sollten diese den Schluss ziehen: “Sorry, aber es gibt im Irak keine Anzeichen für den Besitz und die Herstellung von Massenvernichtungswaffen?”

Richard Perle: Mit dieser Botschaft können sie unmöglich zurückkommen. Sie können sagen, wir haben dort, wo wir nachgeschaut haben, keine derartigen Waffen gefunden. Aber sie können niemals behaupten, es gebe dieses Teufelszeug nicht. Schon deswegen nicht, weil die Inspektoren unmöglich den ganzen Irak durchleuchten können. Das Land ist so groß wie Frankreich, es gibt Millionen Gebäude, aber nur 300 Inspektoren, von denen zu jedem Zeitpunkt nur 80 im Einsatz sind. Das sind weniger Einsatzkräfte, als die Polizei von München-Schwabing besitzt. Wie sollen die etwas finden?

ZEIT: Das klingt, als stehe das Ergebnis für Sie bereits fest und seien die Inspektoren reine Zeitverschwendung?

Perle: Ja und nein. Ja, weil wir mit den Inspektionen der Entwaffnung des Iraks keinen Schritt näher rücken. Nein, weil damit die internationale Gemeinschaft den allerletzten Versuch unternimmt, einen Krieg zu verhindern.

ZEIT: Wer trifft denn die Entscheidung darüber, ob Saddam Hussein die UN-Resolutionen gebrochen und die Welt über sein Waffenprogramm belogen hat? Muss dies nicht der Leiter der UN-Inspektion Hans Blix tun?

Perle: Ich lese die Resolutionen anders. Blix ist nicht der einzige Schiedsrichter. Sein Job ist es, Fakten zu sammeln. Aber die Entscheidung kann nicht ein einzelner Mann treffen.

ZEIT: Heißt das, egal, was Blix sagt, Amerika wird Saddam Hussein der Lüge bezichtigen?

Perle: Die Beweise waren doch schon vor der Inspektion erdrückend. Wir wissen, dass Saddam eigens Organisationen gegründet hat, um sein Waffenarsenal zu verstecken oder ständig im Land hin und her zu fahren. Er beschäftigt damit Tausende Menschen. Seine Beteuerung “Seht her, wir haben doch nichts” war von Anfang an eine Lüge.

ZEIT: Wird die amerikanische Regierung Beweise für ihre Behauptung auf den Tisch legen, Saddam habe die Inspektoren und die ganze Welt getäuscht?

Perle: Ich kann hier nur für mich sprechen, aber ich glaube, wir werden das tun.

ZEIT: Und wer entscheidet dann, ob Saddam Hussein tatsächlich die rote Linie überschritten hat? US-Präsident Bush oder die Vereinten Nationen?

Perle: Wir werden uns mit den UN beraten. In einer idealen Welt würde diese Entscheidung auch die Weltgemeinschaft treffen, jedenfalls deren überwiegende Mehrheit. In unserer realen Welt aber habe ich Zweifel, wie viele Staaten bereit sein werden, zu sagen: “Saddam, du hast uns belogen, du hast überreizt, jetzt ist Schluss.”

ZEIT: Wie wichtig sind Ihnen bei einem möglichen Irak-Krieg Bündnispartner? Und welche Unterstützung erwarten Sie?

⁴¹ 5. Dezember 2002 DIE ZEIT Nr. 50

⁴² Vorsitzender des Defense Policy Board im Pentagon und damit der einflussreichste Berater von US-Verteidigungsminister Rumsfeld. Er gehört zu den neokonservativen Denkern und fordert eine harte, moralisch begründete Außenpolitik.



Perle: Militärisch brauchen wir nicht viel Hilfe. Vielleicht Transportkapazitäten, Überflugrechte und so weiter. Saddams Armee ist schwächer, als sie noch während des ersten Golfkriegs war. Wir hingegen sind militärisch stärker geworden und hängen deshalb von niemandes Hilfe ab. Politisch jedoch benötigen wir sehr breite Unterstützung, gerade auch für die Zeit nach dem Ende des Saddam-Regimes.

ZEIT: Die alte Rollenteilung der vergangenen zwölf Jahre – Amerika führt Krieg und Europa baut auf?

Perle: Amerika wird den Irak selber mit aufbauen, schon um die Sicherheit für eine neue Regierung und den politischen Wandlungsprozess zu gewährleisten. Denn wir wollen nicht allein den militärischen Erfolg, also ein stabiles Regime, das die Interessen aller Irakis vertritt und sich auf den Weg in Richtung Demokratie begibt. Außerdem: Ist Saddam erst einmal weg, werden uns plötzlich alle helfen wollen. Selbst jene Staaten, die uns im Augenblick nicht gerade zur Seite stehen, werden dann eilig ihre Nachkriegsinteressen in der Region sichern wollen.

ZEIT: Der Irak hat keine demokratische Tradition. Wie wollen Sie da Demokraten an die Macht bringen?

Perle: Die gibt es aber, in der Emigration und auch im Irak selbst. Sie sind sehr wichtig. Wir brauchen Führer, die pluralistisch ausgerichtet sind und einen guten Charakter haben. Wir müssen Freiheitsrechte etablieren und allmählich Institutionen aufbauen, die diese Rechte sichern. Natürlich macht man eine Demokratie nicht wie einen Nescafé, leert die Tüte in die Tasse und gießt heißes Wasser drauf. Der Prozess wird viele Jahre dauern und Geduld erfordern.

ZEIT: Geduld haben die Amerikaner in letzter Zeit selten gezeigt. Und sie haben in der Vergangenheit – siehe Irak und Afghanistan – auch nicht immer auf die richtigen Leute gesetzt.

Perle: Ich hoffe, wir haben aus unseren Fehlern gelernt und unterstützen dieses Mal Demokraten. Wir werden, falls es zum Krieg kommt, den Irak danach auch nicht gleich wieder verlassen und sich selbst überlassen. Wir werden so lange bleiben, bis wir überzeugt sind, dass sich das Land auf dem richtigen Pfad befindet. Und der lautet: Demokratie. Das ist schon deshalb wichtig, um den Völkern drumherum neue Hoffnung zu geben.

Zeit: Demokratie scheint Amerikas neue Verheißung für den ganzen Nahen und Mittleren Osten zu sein. Sollen da Regime wie Dominosteine hintereinander fallen: Irak, Iran, am Ende sogar das Herrscherhaus von Saudi-Arabien?

Perle: Das wird entscheidend vom Beispiel Irak abhängen. Wenn es uns gelingt, das Land zu befrieden und eine stabile demokratische Regierung aufzubauen, dann steckt darin enormes Potential, auch andere Völker zu begeistern. Schon jetzt demonstrieren junge Iraner offen gegen ihre Regierung. Die würden sich durch einen Wandel in Bagdad doch bestärkt fühlen.

ZEIT: Glauben Sie wirklich, dass die Iraker amerikanische Soldaten mit Hochrufen willkommen heißen werden, dass US-Panzer in Bagdad überall in der Region Freudentänze auslösen werden?“

Perle: Ja, weil es zeigt, dass Diktatoren beseitigt, dass totalitäre Regime durch Demokratien ersetzt werden können. Das macht Hoffnung. Ich glaube fest, die überwiegende Mehrheit der Iraker wird von Befreiung und nicht von Okkupation und Landnahme sprechen.



ZEIT: Könnte am Ende statt Demokratie nicht etwas ganz anderes stehen? Vielleicht bringen die Wähler zwischen Amman und Riad islamistische, amerikafeindliche Parteien und Politiker an die Macht. Außerdem: Demokraten an der Regierung heißt noch lange nicht, daß sie eine andere Israel-Politik machen.

Perle: Risiken gibt es immer, auch auf dem demokratischen Weg. Doch Demokratien, selbst antiamerikanische oder antiwestliche, sind weniger gefährlich als totalitäre Regime mit derselben Einstellung. Wir müssen in längeren Zeiträumen denken, in der Regel beginnen Demokratien keine Kriege und horten keine Massenvernichtungswaffen, sie schicken auch kein Geld an palästinensische Selbstmordattentäter. Außerdem halte ich die Gefahr für gering, daß die Leute, wenn sie frei und geheim wählen dürfen, mit dem Stimmzettel die Freiheiten, die sie gerade erst erhalten haben, gleich wieder zerstören. Ich sehe nicht, wie wir unsere Sicherheit auf Dauer dadurch gewährleisten wollen, dass wir mit korrupten Diktaturen zusammenarbeiten.

ZEIT: Amerikas Freunde im Herrscherhaus von Saudi-Arabien dürften von Amerikas neuer Demokratiebegeisterung und Regimewechseln wenig erbaut sein.

Perle: Die ganze Region wird sich von den *winds of change* fürchten müssen. Der Sturz von Saddam und die Demokratisierung des Iraks werden enorme Auswirkungen haben, auch auf Saudi-Arabien. Ich hoffe, die Saudis verstehen, dass sie ihr Land modernisieren, dass sie die Freiheits- und Beteiligungsrechte ihrer Bürger ausweiten und demokratische Institutionen aufbauen müssen. Das gilt auch für etliche Golfstaaten, sie halten immer noch an Herrschaftsformen fest, die sich im 21. Jahrhundert nicht mehr rechtfertigen lassen.

ZEIT: Gilt das nicht ebenso für Amerikas treuen Freund Ägypten? Auch dort wachsen im Volk Fundamentalismus und Antiamerikanismus.

Perle: Überall in der Region treffen wir auf so genannte *failed states*, auf korrupte Machthaber, auf einen Mangel an Demokratie und Wandel. Interessanterweise ist Amerika in der Region besonders dort unbeliebt, wo es engste Beziehungen zu den Regierungen unterhält – zum Beispiel in Saudi-Arabien und Ägypten. Hingegen mögen uns die Völker dort, wo wir Gegner der Regierung sind – etwa im Irak und in Iran. Das muss uns doch eine Lehre sein.

ZEIT: Sehen Sie Deutschland, wenn nicht bei der Kriegführung, so doch beim Aufbau von Demokratien als verlässliche Hilfe?

Perle: Ich weiß nicht, ob wir uns auf Deutschland noch in irgendeiner Sache verlassen können.



Attac Berlin - AG gegen den Krieg

Treffen: 14tägig donnerstags jeweils ab 19.00 h Stiftung Nord-Süd-Brücken, Greifswalder Str. 33a, Hh 4. Stock, (Tram 2, 3 u. 4, Haltestelle Hufelandstraße). Kontakt: Daniel Blobel und Elfriede Krusch

<http://www.attacberlin.de/gegendenkrieg.html>

Gründung der AG gegen Krieg im Herbst '01 nach dem Beginn des US-Krieges gegen Afghanistan. Proteste gegen den Beschluss der rot-grünen Bundesregierung, sich mit "uneingeschränkter Solidarität" an diesem Krieg zu beteiligen und Truppen der Bundeswehr in alle Welt zu entsenden. Wir organisieren Foren, Podiumsdiskussionen und Info-Stände und gehen bei Protest-Demonstrationen gegen den Krieg auf die Straße. Mitglieder der AG arbeiten in Bündnissen der Friedensbewegung mit.

Unser spezifischer Ansatz ist, dass wir den strukturellen Zusammenhang von neoliberaler Globalisierung und Krieg herausstellen und unter diesem Blickwinkel für eine Ausweitung der Antikriegsbewegung eintreten. In unserer AG wird viel diskutiert, es wird gelesen, es werden Experten eingeladen. Es ist unser Ziel, über die Ursachen von weltweiten Kriegen zu informieren, die Schuldigen zu benennen und mit kreativen Widerstandsaktionen den Protest zu mobilisieren. Wir sagen: Nur eine gerechte Welt ist eine sichere Welt!

Aktionen der AG:

- Dezember 2001 „Nein zum Krieg - Nein zu Bundeswehreinsätzen“ (mit C. Lörcher , M. Notten, G. Gysi, PDS, D. Hensche, Verdi) Humboldt-Universität, Audi-Max : ca. 600 Teilnehmer
- Februar 2002: Proteste gegen die NATO „Sicherheitskonferenz“ in München
- März 2002 : Kein Krieg gegen den Irak – Wie können wir Bushs Feldzug stoppen? (Veranstaltung im Haus der Buchdrucker)
- April 2002: Der Westen und Russland: Neue Freunde im "Kampf gegen den Terrorismus". Die Auswirkungen des 11. September auf den Tschetschenienkrieg (Haus der Demokratie)
- 21.-23. Mai 2002 Proteste gegen George W. Bush, Aktionen gegen Krieg mit Infoständen auf mehreren Plätzen in der Stadt
- 14. 9. Köln Aktionstag „Her mit dem schönen Leben – Eine andere Welt ist möglich! Antikriegsstand, Demonstration, gemeinsame Aktion mit der Friedensbewegung
- 26. 10. und 14. 12. Teilnahme an Demonstrationen gegen den drohenden Krieg gegen den Irak
- November 2002 Florenz Teilnahme am Europäischen Sozialforum mit Workshop und an der Großdemonstration gegen Krieg.

Die nächsten Termine:

- 23. 01. nächstes Treffen der AG gegen den Krieg
- 30. 01. attac-Friedenstour, mit internationalen FriedensaktivistInnen , Humboldt-Uni, Hörsaal 3038
- 15. 2. bundesweite Demo in Berlin: NEIN zum Krieg gegen den Irak
- Tag X am Tag des Kriegsbeginns sowie am darauffolgenden Samstag Demonstration

Neoliberale Globalisierung und Krieg sind nicht schicksalhaft und alternativlos. Aber nur, wenn wir als außerparlamentarische Bewegung an Kraft gewinnen, können wir eine friedliche Welt schaffen. Jede/r ist bei uns willkommen.

Literaturhinweise und ausgewählte Netzadressen

- Chauvistré, Eric: *Das atomare Dilemma*, Espresso Verlag, Berlin 2001
- Paulus, Andreas: Die Büchse der Pandora, Deutschland und der Irak-Konflikt aus der Sicht eines Völkerrechtlers; in ai-Journal Heft Januar-Februar 2003S. 24-25
- Wolf, Winfried: *Neue Aufrüstung, wachsende Kriegsgefahr und Militärisch-Industrieller Komplex*; in : Amy Holmes/David Salomon/Stefan Schmalz; *Imperial Djihad? Über Fundamentalismus, Schurkenstaaten und neue Kriege*. Hamburg, VSA, 2002. S. 84-101

www.attacberlin.de

www.achse-des-friedens.de (Berliner Aktionszentrum)

www.friedensratschlag.de (bundesweites Aktions- und Infozentrum , Uni Kassel)

www.paxchristi (katholische Friedensinitiative)

www.kampagne.de (Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär)

www.ippnw.org (Ärzte gegen den Atomkrieg)

www.netzwerk-friedenssteuer.de (NGO zur Verweigerung von Militärsteuern aus Gewissensgründen)

www.vdj.de (Vereinigung demokratischer Juristen/Völkerrecht)

www.imi-online.de (Informationsstelle Militarisierung)

www.indymedia.org (Berichte unangepaßter Journalisten)

www.akuf.de (Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachen und Frieden, Uni Hamburg)

www.SIPRI.se (Stockholm International Peace Reserche Institute)

www.embargos.de (Kampagne gegen die Irak-Sanktionen)